

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Corinna Rüffer, Markus Kurth, Sven Lehmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/15766 –**

Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Teilhabeleistungen

Vorbemerkung der Fragesteller

Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf Nachteilsausgleiche, um gleichberechtigt am Leben teilhaben zu können. Wenn jemand beispielsweise einen Rollstuhl benötigt oder Assistenz, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, dann müssen diese Teilhabeleistungen von den Sozialleistungsträgern finanziert werden. Je nachdem, was wofür benötigt wird, und teilweise auch je nach Ursache der Beeinträchtigung sind unterschiedliche Träger zuständig.

Alle Sozialleistungsträger müssen Bürgerinnen und Bürger umfassend über ihre Rechtsansprüche informieren und beraten (§ 14 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch – SGB I). Bei manchen Trägern funktionieren nach Ansicht der Fragesteller die Beratung sowie die Beantragung und Gewährung von Leistungen reibungslos. Immer wieder aber schildern Bürgerinnen und Bürger Abgeordneten der fragestellenden Fraktion, dass sie die nötigen Teilhabeleistungen erst nach langen Verfahren erhalten haben.

Der Bundesgerichtshof hat die besonderen Beratungspflichten der Sozialleistungsträger mit seinem Urteil vom 2. August 2018 (III ZR 466/16) bekräftigt: Der Kläger, der von einem Sozialhilfeträger nicht umfassend über seine Ansprüche aufgeklärt worden war, erhielt Schadenersatz. Dass es sich hier nicht um einen Einzelfall handelt, macht auch eine Umfrage der fragestellenden Fraktion deutlich: Viele behinderte Menschen und ihre Angehörigen fühlen sich von den Leistungsträgern schlecht beraten oder erhalten die ihnen zustehenden Leistungen erst nach Widerspruchs- oder sogar Klageverfahren (www.gruene-bundestag.de/themen/behindertenpolitik/wie-dicht-ist-der-behoerderschlingel). Auch die Studie „Leistungsbewilligungen und -ablehnungen durch Krankenkassen“ im Auftrag des Patientenbeauftragten der Bundesregierung aus dem Jahr 2017 zeigt, dass knapp ein Drittel der Widersprüche begründet und jede vierte Klage gegen Leistungsablehnungen erfolgreich war (www.ige.s.com/kunden/gesundheit/forschungsergebnisse/2017/leistungsablehnung/index_ges.html). In der Studie wurden Leistungsanträge generell betrachtet, nicht nur Anträge von Menschen mit Behinderung auf Leistungen wie beispielsweise Hilfsmittel, die Teilhabe ermöglichen.

Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass Sozialleistungsträger die für sie maßgeblichen Gesetze nicht immer so ausführen, wie es der Gesetzgeber beabsichtigt. Dass Betroffene so häufig den Rechtsweg wählen, und sich die Bearbeitungszeiten und Ablehnungsquoten zwischen verschiedenen Sozialleistungsträgern und auch regional unterscheiden, deutet darauf hin, dass es erhebliche Ungleichheiten beim Zugang zu Leistungen gibt. Beispielsweise gibt es teils große Unterschiede hinsichtlich der Ablehnungsquoten zwischen den Krankenkassen, wie die zuvor genannte Studie darlegt. Das schadet nach Auffassung der fragestellenden Fraktion dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Sozial- und Rechtsstaat.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Eine fortlaufende trägerübergreifende Datenerhebung durch die Bundesregierung zur Tätigkeit der Rehabilitationsträger nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) findet nicht statt. Die nachfolgenden Fragen können deshalb nur beantwortet werden, soweit der Bundesregierung entsprechende Daten vorliegen.

Mit Inkrafttreten des § 41 SGB IX zum 1. Januar 2018 ist eine neue rechtliche Grundlage für die fortlaufende trägerübergreifende Datenerhebung geschaffen worden, die eine bundesweite Erhebung und Auswertung aller Rehabilitationsträger vorsieht (Teilhabeverfahrensbericht). Die Rehabilitationsträger sind auf dieser gesetzlichen Grundlage verpflichtet, die Anzahl der beantragten und bewilligten Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe anonymisiert zu erfassen und diese Daten der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e. V. (BAR) zu übermitteln. Die BAR veröffentlicht jährlich eine Übersicht über die von den Rehabilitationsträgern übermittelten Daten in Gestalt des Teilhabeverfahrensberichts.

Nach Kenntnis der Bundesregierung findet die erstmalige Veröffentlichung eines trägerübergreifenden Teilhabeverfahrensberichtes durch die BAR am 30. Dezember 2019 statt. Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage lag der Teilhabeverfahrensbericht für das Jahr 2018 deshalb noch nicht vor.

Da die Bundesregierung den Teilhabeverfahrensbericht nicht selbst erstellt oder veröffentlicht, ist eine Bewertung der darin enthaltenen Angaben erst dann möglich, wenn die Bundesregierung nach Veröffentlichung durch die BAR die Möglichkeit der Kenntnisnahme hatte. Zu den Angaben im Teilhabeverfahrensbericht für das Jahr 2018 wird eine Einschätzung demzufolge erst Anfang 2020 möglich sein.

1. Welche Probleme sind der Bundesregierung bei der Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen bekannt, und wie beabsichtigt sie, diese Probleme zu beheben?

Der Bundesregierung liegen keine repräsentativen trägerübergreifenden Erkenntnisse über Probleme bei der Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen vor. Der Teilhabeverfahrensbericht nach § 41 SGB IX soll diese Datenlage grundlegend verbessern, indem alle Rehabilitationsträger nach gleichen Vorgaben anonymisierte statistische Daten zu Anträgen, Bewilligungen, Ablehnungen und Rechtsmitteln erheben und an die BAR weiterleiten. Die BAR wertet die Daten – unter Beteiligung der Rehabilitationsträger – aus und veröffentlicht diese. Der Teilhabeverfahrensbericht wird erstmals Ende Dezember 2019 veröffentlicht.

Die Bundesregierung geht darüber hinaus auch allen weiteren Hinweisen nach, von denen die Bundesregierung Kenntnis erlangt. Hier sind nach Kenntnis der Bundesregierung vor allem folgende Rechtsbereiche zu erwähnen:

Anhaltspunkte für Probleme bei der Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen haben sich in dieser Legislaturperiode aus einem Bericht der Internen Revision der Bundesagentur für Arbeit zur Leistungserbringung an Menschen mit Behinderungen bei den Jobcentern ergeben (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP betreffend „Berufliche Reha und Wiedereingliederung schwerbehinderter Menschen“ auf Bundestagsdrucksache 19/14798). Die Bundesregierung geht diesen Hinweisen nach und wird zeitnah konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten.

Für Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ist abhängig von der Behinderungsart entweder die Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – SGB XII (ab 1. Januar 2020 Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX Teil 2) oder die Kinder- und Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch – SGB VIII zuständig. Aufgrund dieser Aufteilung bestehen in der Praxis teilweise erhebliche Schwierigkeiten bei der Erbringung einer zeitnahen und passgenauen Eingliederungshilfeleistung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Im Rahmen des diesjährigen Dialogprozesses „Mitreden – Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die Arbeitsgruppe „SGB VIII: Mitreden-Mitgestalten“ unter anderem auch über die Lösung dieser Schnittstellenproblematik diskutiert. Das BMFSFJ wird auf der Grundlage der Ergebnisse des Dialogprozesses im kommenden Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen.

2. Was kann aus Sicht der Bundesregierung getan werden, damit alle Sozialleistungsträger entsprechend ihrer rechtlichen Verpflichtung Menschen umfassend und auf Augenhöhe über ihre Rechte beraten?

Aus Sicht der Bundesregierung sind die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen für eine umfassende Beratung für die Bürgerinnen und Bürger durch die Sozialleistungsträger auf Augenhöhe gegeben. Ungeachtet dessen setzt sich die Bundesregierung für eine stetige Verbesserung der Beratungsleistungen ein. So hat sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zuletzt insbesondere im Rahmen des „Zukunftsdialogs“ beim Themenkomplex „Bürgerfreundliche Sozialverwaltung“ mit der weiteren Verbesserung der Beratung in sozialen Angelegenheiten beschäftigt. Dabei wurde das Thema mit Vertretern der Sozialleistungsträger unter verschiedenen Aspekten wie z. B. der Online- oder ortsnahe Beratung und der Weiterbildung der Mitarbeiter erörtert. Im weiteren Verfahren soll z. B. näher geprüft werden, ob und inwiefern die Versicherungsämter zu Erstanlaufstellen mit Lotsenfunktion für soziale Angelegenheiten weiterentwickelt werden können.

Die Reha-Träger haben auf Ebene der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) wichtige Schritte unternommen, um die Beratungsqualität weiter zu verbessern. Hierzu wurde die unter den Trägern abgestimmte Gemeinsame Empfehlung „Reha-Prozess“ (www.bar-frankfurt.de/fileadmin/dateiliste/_publikationen/reha_vereinbarungen/pdfs/GEReha-Prozess.BF01.pdf) und die Arbeitshilfe „Datenschutz“ (www.bar-frankfurt.de/fileadmin/dateiliste/_publikationen/reha_grundlagen/pdfs/AHDatenschutz_RehaProzess_final.pdf) erarbeitet.

3. Wie viele verschiedene Stellen gewähren nach Kenntnis der Bundesregierung Leistungen zur Teilhabe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX, erster, zweiter und dritter Teil), Pflegeleistungen nach dem Elf-

ten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI und XII) und Blindenhilfe nach SGB XII (bitte jeden rechtlich eigenständigen Träger einzeln aufzählen und die Ergebnisse nach Bundesländern, Art des Trägers und Leistung differenzieren)?

Der Bundesregierung liegen folgende Informationen über die aufgabenwahrnehmenden Stellen vor:

- 406 Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit mit ihren 156 Agenturen für Arbeit erbringen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.
- Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung erbringen Leistungen nach dem Leistungsrahmen des SGB VII bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Dies umfasst u. a. Heilbehandlung einschließlich medizinischer Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (LTA), Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft (LTG), Leistungen bei Pflegebedürftigkeit und ergänzende Leistungen (§ 26 Absatz 1 SGB VII). In Bezug auf die Erbringung von LTA und LTG verweist das SGB VII auf Vorschriften im ersten Teil des SGB IX.

Die örtliche Zuständigkeit der Unfallversicherungsträger gliedert sich wie folgt: elf bundesweit zuständige Träger (neun gewerbliche Berufsgenossenschaften, Unfallversicherung Bund und Bahn, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau), 23 regional zuständige Träger (Unfallkassen, Gemeinde-Unfallversicherungsverbände und Feuerwehrunfallkassen). Eine Übersicht, welcher regionale Träger in welchem Bundesland tätig ist, ist im Internet veröffentlicht: www.dguv.de/de/bg-uk-lv/unfallkassen/index.jsp.

- Die Aufgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (allgemeine Rentenversicherung und knappschaftliche Rentenversicherung) werden sowohl von Regionalträgern als auch Bundesträgern wahrgenommen. Regionalträger sind die:
 - Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg,
 - Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd,
 - Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg,
 - Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover,
 - Deutsche Rentenversicherung Hessen,
 - Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland,
 - Deutsche Rentenversicherung Nord,
 - Deutsche Rentenversicherung Nordbayern,
 - Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen,
 - Deutsche Rentenversicherung Rheinland,
 - Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz,
 - Deutsche Rentenversicherung Saarland,
 - Deutsche Rentenversicherung Schwaben und
 - Deutsche Rentenversicherung Westfalen.

Bundesträger sind:

- die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und
- die Deutsche Rentenversicherung Bund.

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See nimmt Aufgaben der knappschaftlichen und allgemeinen Rentenversicherung wahr. Die Deutsche Rentenversicherung Bund nimmt seit der Organisationsreform im Jahr 2005 neben ihren Trägeraufgaben auch die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und die allgemeinen Angelegenheiten der Träger der Deutschen Rentenversicherung wahr.

- In Deutschland gewähren derzeit 109 gesetzliche Pflegekassen, 33 Versicherungsunternehmen sowie die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten und die Postbeamtenkrankenkasse Pflegeleistungen nach dem SGB XI. Da viele Träger bundesweit Leistungen gewähren, ist eine regionale Gliederung nach Sitz der Kassen nicht aussagefähig.
- 109 gesetzliche Krankenkassen gewähren Leistungen nach dem SGB IX. Da viele Träger bundesweit Leistungen gewähren, ist eine regionale Gliederung nach Sitz der Kassen nicht aussagefähig.
- Bundesweit erbringen 17 Integrationsämter Leistungen nach dem Teil 3 des SGB IX (vgl. § 185 SGB IX). In Nordrhein-Westfalen gibt es zwei Integrationsämter, in allen anderen Ländern jeweils eines:
 - Integrationsamt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
 - Inklusionsamt beim Zentrum Bayern Familie und Soziales
 - Integrationsamt beim Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
 - Integrationsamt beim Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg
 - Integrationsamt beim Amt für Versorgung und Integration Bremen
 - Integrationsamt bei der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
 - Integrationsamt beim Landeswohlfahrtsverband Hessen
 - Integrationsamt beim Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern
 - Integrationsamt beim Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie
 - Inklusionsamt beim Landschaftsverband Rheinland
 - Inklusionsamt beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe
 - Integrationsamt beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz
 - Integrationsamt beim Landesamt für Soziales im Saarland
 - Integrationsamt beim Kommunalen Sozialverband Sachsen
 - Integrationsamt beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
 - Integrationsamt beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein
 - Integrationsamt beim Thüringer Landesverwaltungsamt.
- Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe gewähren Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII für Kinder und Jugendliche mit (drohenden) seelischen Behinderungen. Zur Anzahl leistungsgewährender Stellen kann lediglich auf im Teilhabeverfahrensbericht genannte Anzahl melder Stellen Bezug genommen werden. Der Teilhabeverfahrensbericht wird nach § 41 SGB IX erstmals Ende 2019 veröffentlicht.

- Der Bundesregierung liegen keine Informationen zur Zahl der Träger der Eingliederungshilfe, der Hilfe zur Pflege sowie der Blindenhilfe vor, da die Zuständigkeiten landesrechtlich sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Zur Anzahl leistungsgewährender Stellen kann lediglich auf im Teilhabeverfahrensbericht genannte Anzahl meldender Stellen Bezug genommen werden. Der Teilhabeverfahrensbericht wird nach § 41 SGB IX erstmals Ende Dezember 2019 veröffentlicht.
- Die fürsorgerischen Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts, zu denen auch Teilhabeleistungen gehören, werden grundsätzlich von den Fürsorge- und Hauptfürsorgestellen erbracht. Für Soldatinnen und Soldaten ist ab 1. Januar 2016 ausschließlich das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zuständig. Zur Anzahl leistungsgewährender Stellen kann lediglich auf im Teilhabeverfahrensbericht genannte Anzahl meldender Stellen Bezug genommen werden. Der Teilhabeverfahrensbericht wird nach § 41 SGB IX erstmals Ende 2019 veröffentlicht.

4. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:

- Hilfsmittel im Sinne des § 33 Absatz 1 Satz 1 SGB V,
- Medizinische Reha,
- Heilmittel,
- Psychotherapie,
- Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
- Soziotherapie,
- Früherkennung und Frühförderung,

wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei der gesetzlichen Krankenversicherung gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern und Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Die Anzahl der gestellten Anträge auf Leistungen und die Anzahl der Bewilligungen werden in der Gesetzlichen Krankenversicherung nur für medizinische Rehabilitationsmaßnahmen erfasst. Die Anzahl der gestellten Anträge und die Anzahl der Ablehnungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Der Grund der Ablehnung kann erst ab dem Jahr 2012 angegeben werden, da die amtliche Statistik zu diesem Zeitraum überarbeitet und erweitert wurde. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ist nicht möglich.

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anträge neu	1.258.821	1.252.163	1.341.137	1.311.587	1.305.008	1.293.935	1.293.357
Anträge unerledigt aus Vorjahren	45.113	51.649	55.670	77.169	86.256	99.190	109.916
Aus medizinischen Gründen abgelehnt	194.266	201.571	208.552	208.131	210.102	205.458	212.020
Aus sonstigen Gründen abgelehnt	14.475	17.041	18.052	19.302	20.326	22.062	26.778
Leistung nach Antrag genehmigt	967.270	969.460	1.014.076	978.308	990.623	973.431	976.814
Mit anderer Leistung genehmigt	40.820	36.840	30.564	31.423	27.591	21.351	20.548
Sonstige Erledigung	41.609	30.419	49.505	62.411	47.502	59.124	66.891

Datenquelle: KG5 in der ab 2012 geltenden Fassung

Jahr	2009	2010	2011
Anträge neu	1.403.611	1.345.785	1.221.720
Anträge unerledigt aus Vorjahren	40.636	43.742	50.870
Anträge abgelehnt	322.468	298.807	251.138
Anträge genehmigt	1.054.714	1.036.344	976.818

Datenquelle: KG5 in der bis 2011 geltenden Fassung

5. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem die gesetzliche Krankenversicherung Leistungen abgelehnt hat, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Auch hierzu liegen der Bundesregierung nur Erkenntnisse über medizinische Rehabilitationsmaßnahmen vor. Die Anzahl der gestellten Widersprüche und die Anzahl der Ablehnungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Der Grund der Ablehnung kann erst ab dem Jahr 2012 angegeben werden, da die amtliche Statistik zu diesem Zeitraum überarbeitet und erweitert wurde. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ist nicht möglich.

Tabelle 2: Widersprüche gegen die Ablehnung medizinischer Rehabilitationsmaßnahmen

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Abgeholte Widersprüche	29.662	25.325	30.295	29.621	30.315	31.876	36.210
Aus medizinischen Gründen abgewiesen	18.512	17.615	20.688	21.850	21.575	21.632	21.867
Abgewiesen aus sonstigen Gründen	3.748	4.624	2.772	2.641	2.532	3.143	3.532
Mit anderer Leistung bewilligt	1.739	1.431	2.088	2.031	1.928	1.844	2.143
Sonstige Erledigung	5.019	4.974	7.325	9.007	8.323	9.259	10.954
Widersprüche neu	57.286	57.954	70.174	71.686	70.574	71.868	78.193
Widersprüche unerledigt aus Vorjahren	8.687	8.229	13.278	19.744	26.160	30.722	33.651

Datenquelle: KG5 in der ab 2012 geltenden Fassung

Jahr	2009	2010	2011
Widersprüche abgewiesen	21.149	21.310	18.272
Widersprüche stattgegeben	21.179	21.983	22.867

Datenquelle: KG5 in der bis 2011 geltenden Fassung

6. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem die gesetzliche Krankenversicherung Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt hat (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Auch hierzu liegen der Bundesregierung nur Erkenntnisse über medizinische Rehabilitationsmaßnahmen vor. Die Anzahl der Klageverfahren zu erfassen wurde ab 2012 mit Neugestaltung der amtlichen Statistik eingestellt. Die Anzahl der Klageverfahren der Jahre 2009, 2010 und 2011 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens ist nicht möglich.

Tabelle 3: Klageverfahren

Jahr	2009	2010	2011
Klageverfahren rechtskräftig abgelehnt	597	529	604
Klageverfahren stattgegeben	295	353	516

Datenquelle: KG5 in der bis 2011 geltenden Fassung

Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

7. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Über die Dauer der Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

8. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:
- a) Medizinische Reha,
 - b) Heilmittel,
 - c) Hilfsmittel,
 - d) Psychotherapie,
 - e) Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
 - f) Kfz-Hilfe,
 - g) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung bzw. Umschulung (bitte differenziert nach Leistungen in Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken, Werkstätten für behinderte Menschen und außerhalb solcher Einrichtungen),
 - h) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,
 - i) Leistungen zur Aktivierung und sonstige berufsvorbereitende Maßnahmen, die nicht unter a bis h fallen,
- wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei der gesetzlichen Rentenversicherung gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ist nicht in den Statistiken über Reha-Anträge und ihre Erledigung 2009 bis 2018 enthalten. Darüber hinaus können Anträge und Ablehnungen nicht nach speziellen Fallgruppen differenziert angegeben werden, da die Differenzierung in Maßnahmearten nur im Falle einer Bewilligung erfolgt. Die verfügbaren Informationen ergeben sich aus der beigefügten Anlage 1.*

9. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem die gesetzliche Rentenversicherung Leistungen abgelehnt hat, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Die Information Bundesland ist nicht in der Rechtsbehelfsstatistik 2009 bis 2018 enthalten. Zu den Ergebnissen der Widersprüche wird auf die beigefügte Anlage 2 verwiesen.*

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/16281 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

10. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem die gesetzliche Rentenversicherung Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt hat (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Auf die beigefügte Anlage 3 wird verwiesen.* Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

11. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Zur Beantwortung wird auf die Anlage 3b aus der Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/14666 verwiesen (hier auch als Anlage 3b beigefügt).*

12. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:

- a) Pflegegeld,
- b) Sachleistungen zur häuslichen Pflege,
- c) Leistungen zur vollstationären Pflege,
- d) Kurzzeitpflege,
- e) Pflegehilfsmittel,
- f) Verhinderungspflege,
- g) Pflegehilfsmittel,
- h) Entlastungsbetrag,
- i) Leistungen nach § 43a SGB XI,

wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei der gesetzlichen Pflegeversicherung gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

In der gewünschten Abgrenzung liegen der Bundesregierung nur statistische Angaben über Anträge auf Feststellung der Pflegebedürftigkeit bzw. entsprechende Ablehnungen vor. Hierüber gibt Anlage 4 für den Zeitraum 2009 bis 2018 Auskunft.* Statistiken zur Zahl der Leistungsempfänger nach Leistungsarten und Pflegegrad stellt das Bundesministerium für Gesundheit über folgenden Link zur Verfügung: www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflegeversicherung-zahlen-und-fakten.html.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/16281 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

13. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem die gesetzliche Pflegeversicherung Leistungen abgelehnt hat, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Eine Übersicht über eingereichte Widersprüche gegen Entscheidungen der Pflegekassen und die Arten ihrer Erledigung ist der Anlage 5 zu entnehmen.*

14. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem die gesetzliche Pflegeversicherung Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt hat (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

15. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung die nachstehenden Angaben über die mittlere Erledigungsdauer in Kalendertagen von Regelbegutachtungen zur Feststellung von Pflegebedürftigkeit durch die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung in der sozialen Pflegeversicherung für die Jahre 2011 bis 2018 vor:

Jahr	Dauer in Tagen
2011	27,0
2012	26,2
2013*)	19,4
2014	16,4
2015	17,6
2016	18,1
2017**)	27,6
2018**)	18,5

Quelle: Begutachtungsstatistik der Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (jährlich)

*) Umwandlung der Frist von fünf Wochen für die Bescheiderteilung durch die Pflegekassen in eine verbindliche Vorgabe mit Sanktionsmechanismus („Zusatzzahlungen“) durch Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz.

**) Einführung des neuen Begutachtungsinstrumentes zum 1.1.2017; Angaben jeweils für das IV. Quartal des Jahres

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/16281 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

16. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:

- a) Medizinische Reha,
- b) Heilmittel,
- c) Hilfsmittel,
- d) Psychotherapie,
- e) Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
- f) Kfz-Hilfe,
- g) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung bzw. Umschulung (bitte differenziert nach Leistungen in Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken, Werkstätten für behinderte Menschen und außerhalb solcher Einrichtungen),
- h) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,
- i) Leistungen zur Aktivierung und sonstige berufsvorbereitende Maßnahmen, die nicht unter a bis h fallen,
- j) Leistungen zur Teilhabe in stationären Wohneinrichtungen,
- k) Leistungen zum ambulanten Wohnen,
- l) Sonstige Leistungen zur sozialen Teilhabe,
- m) Leistungen zur Teilhabe an Bildung,
- n) Leistungen zur Pflege (differenziert nach den in Frage 12 genannten Leistungsformen),

wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei der gesetzlichen Unfallversicherung gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

Die Beantwortung der Frage ist nicht möglich. Die Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe werden in der gesetzlichen Unfallversicherung von Amts wegen erbracht, es bedarf keines Antrags der Versicherten oder ihrer Angehörigen (§ 19 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – SGB IV). Für den Teilhabeverfahrensbericht wird sukzessive ein „Antragssubstitut“ in Form der Erfassung des statischen Merkmals „Tag der Kenntnis des voraussichtlichen Rehabilitationsbedarfs“ (§ 14 Absatz 4 Satz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – SGB IX) zur Meldung von Bearbeitungszeiten sowie Bewilligungs- und Ablehnungsquoten für die Berichterstattung nach § 41 SGB IX eingeführt.

17. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem die gesetzliche Unfallversicherung Leistungen abgelehnt hat, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Die Beantwortung der Frage ist nach Angaben der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) sowie der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) so nicht möglich. Hilfsweise wurden von der DGUV für die gewerblichen Unfallversicherungsträger und die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand folgende Daten gemeldet, die nach Eingang, Erledigung und Erfolg von Widersprüchen differenzieren:

Widersprüche			
Jahr	Eingang	erledigt	mit (teilweisem) Erfolg
2009*	34.480	34.472	3.056
2010	40.780	40.572	3.951
2011	40.715	39.896	3.822
2012	38.512	38.915	3.814
2013	40.603	40.732	4.165
2014	41.605	40.407	4.242
2015	39.328	39.565	4.227
2016	39.279	40.129	4.497
2017	37.787	39.773	4.444
2018	36.070	36.528	4.171

* ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

Die Tabelle enthält alle Widersprüche gegen Entscheidungen der Unfallversicherungsträger im Bereich des Leistungswesens. Dies umfasst hauptsächlich Widersprüche gegen Rentenentscheidungen bzw. Festsetzungen der Höhe der Minderung der Erwerbsfähigkeit und gegen versicherungsrechtliche Entscheidungen bei Berufskrankheiten. Widersprüche gegen Ablehnungen konkreter Leistungen im Bereich der medizinischen Rehabilitation und der Teilhabe stellen nur einen kleinen Teil dar. Eine statistische Erfassung des Grundes der Ablehnung wird nicht vorgenommen, ebenso wird nicht nach Bundesland unterschieden. Fusionsbedingt liegt der DGUV vor 2010 keine gemeinsame Datengrundlage vor, die die Widersprüche bei Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand umfasst.

Nach Angaben der SVLFG für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sind in den Jahren 2013 bis 2018 gegen ablehnende Entscheidungen über Leistungen zur beruflichen und sozialen Teilhabe insgesamt 378 Widersprüche erhoben worden. Die konkreten Ablehnungsgründe werden statistisch nicht erfasst. Für die Zeit vor 2013 können keine statistischen Angaben gemacht werden, weil eine zentrale statische Datenerfassung erst mit Gründung der SVLFG etabliert worden ist. Des Weiteren lässt die aktuelle Datenlage keine spezifischen Auswertungen zu Widersprüchen bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und bei Pflegebedürftigkeit zu. Diese Widersprüche werden in einem anderen Datenkontext erfasst und können nicht selektiv ermittelt werden. Sie sind deshalb in der genannten Zahl der Widersprüche nicht enthalten.

18. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem die gesetzliche Unfallversicherung Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt hat (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Die Beantwortung der Frage ist nach Angaben der DGUV und der SVLFG so nicht möglich. Es gelten die in der Antwort zu Frage 17 dargestellten Einschränkungen. Hilfsweise wurden von der DGUV folgende Daten gemeldet:

Abgeschlossene Sozialgerichtsverfahren, an denen Versicherte bzw. deren Hinterbliebene beteiligt waren			
Jahr	Insgesamt	ohne Erfolg	mit (teilweisem) Erfolg
2009*	13.516	11.358	2.158
2010	15.857	13.138	2.719
2011	15.307	12.619	2.688

Abgeschlossene Sozialgerichtsverfahren, an denen Versicherte bzw. deren Hinterbliebene beteiligt waren			
Jahr	Insgesamt	ohne Erfolg	mit (teilweisem) Erfolg
2012	14.938	12.261	2.677
2013	14.794	12.111	2.683
2014	15.559	12.760	2.799
2015	14.812	12.047	2.765
2016	14.861	12.286	2.575
2017	15.612	12.949	2.663
2018	14.877	12.326	2.551

* ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

Nach Angaben der SVLFG sind in den Jahren 2013 – 2018 gegen ablehnende Entscheidungen über Leistungen zur beruflichen und sozialen Teilhabe insgesamt 98 Klagen erhoben worden. Zum Ausgang der Klageverfahren lässt sich folgende Aufschlüsselung darstellen:

Ausgang	Anzahl
Ablehnung bestätigt	17
Ablehnung nicht bestätigt	18
Vergleich	17
Klagerücknahme/sonstig erledigt	46
Summe	98

Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

19. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Beantwortung der Frage ist nach Angaben der DGUV und der SVLFG nicht möglich. Leistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung werden von Amts wegen erbracht, soweit sich aus den Vorschriften für die gesetzliche Unfallversicherung nichts Abweichendes ergibt (19 Satz 2 SGB IV). Anträge werden daher insoweit statistisch nicht erfasst. Bei Kenntnis eines Reha-Bedarfs erbringt der Unfallversicherungsträger in der Regel unverzüglich die entsprechenden Leistungen. Für den Teilhabeverfahrensbericht wird sukzessive ein „Antragssubstitut“ in Form der Erfassung des statischen Merkmals „Tag der Kenntnis des voraussichtlichen Rehabilitationsbedarfs“ (§ 14 Absatz 4 Satz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – SGB IX) zur Meldung von Bearbeitungszeiten sowie Bewilligungs- und Ablehnungsquoten für die Berichterstattung nach § 41 SGB IX eingeführt.

20. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:
- a) Medizinische Reha,
 - b) Heilmittel,
 - c) Hilfsmittel,
 - d) Früherkennung und Frühförderung,
 - e) Psychotherapie,
 - f) Kfz-Hilfe,
 - g) Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen und bei „Anderen Anbietern“,
 - h) Budget für Arbeit,
 - i) Leistungen für eine sonstige Beschäftigung,
 - j) Heilpädagogische Leistungen für Kinder im Vorschulalter,
 - k) Leistungen zur Teilhabe in stationären Wohn Einrichtungen,
 - l) Leistungen zum ambulanten Wohnen,
 - m) Sonstige Leistungen zur sozialen Teilhabe (differenziert nach Leistungen an Minderjährige und Volljährige),
 - n) Leistungen zur Teilhabe an Bildung,
 - o) Leistungen zur Pflege (differenziert nach den in Frage 12 genannten Leistungsformen),
- wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei den Trägern der Sozialhilfe gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?
21. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem Träger der Sozialhilfe Leistungen abgelehnt haben, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?
22. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem Träger der Sozialhilfe Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt haben (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?
23. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Träger der Sozialhilfe (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 20 bis 23 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Informationen zur Zahl der Anträge, Ablehnungen, Widersprüche und Klageverfahren zu einzelnen Leistungen der Sozialhilfe vor, da die Zuständigkeiten durch Landesrecht bestimmt und die Verwaltungs- bzw. Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Gewährung bzw. Ablehnung von Leistungen der Sozialhilfe durch die jeweils zuständigen örtlichen und überörtlichen Träger durchgeführt werden. Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

24. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:

- a) Medizinische Reha,
- b) Heilmittel,
- c) Hilfsmittel,
- d) Psychotherapie,
- e) Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
- f) Kfz-Hilfe,
- g) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung bzw. Umschulung (bitte differenziert nach Leistungen in Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken, Werkstätten für behinderte Menschen und außerhalb solcher Einrichtungen),
- h) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,
- i) Leistungen zur Aktivierung und sonstige berufsvorbereitende Maßnahmen, die nicht unter a bis h fallen,
- j) Leistungen zur Teilhabe in stationären Wohneinrichtungen,
- k) Leistungen zum ambulanten Wohnen,
- l) Sonstige Leistungen zur sozialen Teilhabe,
- m) Leistungen zur Teilhabe an Bildung,
- n) Leistungen zur Pflege (differenziert nach den in Frage 12 genannten Leistungslöhnen),

wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei Trägern der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

Die Länder führen das Soziale Entschädigungsrecht (Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge) in eigener Verantwortung durch. Da der Bund keine regelmäßigen Datenerhebungen zu Antragseingängen und -erledigungen vornimmt, liegen die gewünschten Informationen der Bundesregierung nicht vor.

25. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem Träger der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge Leistungen abgelehnt haben, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Für die Leistungen der Kriegsopferversorgung und -fürsorge besteht eine geteilte Gerichtszuständigkeit. In Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung sind die Sozialgerichte, in Angelegenheiten der Kriegsopferfürsorge hingegen die Verwaltungsgerichte zuständig. Daten zu Widerspruchsverfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit werden nicht erhoben. Daten über Widerspruchsverfahren in der Sozialgerichtsbarkeit (Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den auf das BVG verweisenden Gesetzen) sind Anlage 6 zu entnehmen.* Über diese Angaben hinausgehende Informationen liegen der Bundesregierung nicht vor.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/16281 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

26. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem Träger der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt haben (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

27. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Träger der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Länder führen das Soziale Entschädigungsrecht (Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge) in eigener Verantwortung durch. Da der Bund keine regelmäßigen Datenerhebungen zu Antragserledigungen vornimmt, liegen die gewünschten Informationen der Bundesregierung nicht vor.

28. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:

- a) Arbeitsassistenz,
- b) Hilfsmittel,
- c) Sonstige begleitende Hilfen im Arbeitsleben,
- d) Kfz-Hilfe,
- e) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung,
- f) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,
- g) Leistungen zur Aktivierung und sonstige berufsvorbereitende Maßnahmen, die nicht unter a bis f fallen,
- h) Leistungen zur Anpassung des Arbeitsplatzes,
- i) Leistungen an Arbeitgeber für die Beschäftigung einer Hilfskraft,
- j) Lohnzuschüsse,

wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei den Integrationsämtern gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

29. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem Leistungen seitens der Integrationsämter abgelehnt wurden, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

30. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem Anträge auf Leistungen der Integrationsämter sowie Widersprüchen gegen die Ablehnung von Leistungen abgelehnt wurden (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

31. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Integrationsämter (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

32. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:
- a) Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
 - b) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung bzw. Umschulung (bitte differenziert nach Leistungen in Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken, Werkstätten für behinderte Menschen und außerhalb solcher Einrichtungen),
 - c) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,
 - d) Arbeitsassistenz,
 - e) Hilfsmittel,
 - f) Sonstige begleitende Hilfen im Arbeitsleben,
 - g) Kfz-Hilfe,
 - h) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung,
 - i) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,
 - j) Leistungen zur Aktivierung und sonstige berufsvorbereitende Maßnahmen, die nicht unter a bis i fallen,
 - k) Leistungen zur Anpassung des Arbeitsplatzes,
- wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei der Bundesagentur für Arbeit gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

Der Bundesregierung liegen keine Angaben zu Anträgen und Ablehnungen von Förderleistungen vor, da die Statistik der Bundesagentur für Arbeit ausschließlich über Maßnahmeteilnahmen und somit bewilligte Förderungen berichtet.

33. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem Leistungen seitens der Bundesagentur für Arbeit abgelehnt wurden, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?

Statistische Angaben vor dem Jahr 2015 stehen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nicht zur Verfügung. Die Daten für die Jahre 2015 bis 2018 können der Anlage 7 entnommen werden und sind nach Regionaldirektionen aufgeschlüsselt.*

34. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem Anträge auf Leistungen der Bundesagentur für Arbeit sowie Widersprüchen gegen die Ablehnung abgelehnt wurden (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Statistische Angaben vor dem Jahr 2015 stehen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nicht zur Verfügung. Die Daten für die Jahre 2015 bis 2018 können der Anlage 8 entnommen werden und sind nach Regionaldirektionen aufgeschlüsselt.*

35. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Bundesagentur für Arbeit (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Erkenntnisse vor, da über die Bearbeitungsdauer von Anträgen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit keine Informationen vorliegen.

36. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:
- a) Belastungserprobung und Arbeitstherapie,
 - b) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung bzw. Umschulung (bitte differenziert nach Leistungen in Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken, Werkstätten für behinderte Menschen und außerhalb solcher Einrichtungen),
 - c) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,
 - d) Arbeitsassistenz,
 - e) Hilfsmittel,
 - f) Sonstige begleitende Hilfen im Arbeitsleben,
 - g) Kfz-Hilfe,
 - h) Leistungen zur beruflichen (Weiter-)Bildung,
 - i) Eingliederungszuschuss, Probebeschäftigung und vergleichbare Maßnahmen,

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/16281 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

- j) Leistungen zur Aktivierung und sonstige berufsvorbereitende Maßnahmen, die nicht unter a bis i fallen,
- k) Leistungen zur Anpassung des Arbeitsplatzes,
wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei Jobcentern gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 32 verwiesen.

- 37. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem Leistungen seitens der Jobcenter abgelehnt wurden, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?
- 38. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem Jobcenter Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt hat (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?
- 39. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Jobcenter (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 37 bis 39 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse hierzu vor. Rechtskreisübergreifende Informationen zu Klageverfahren bei den Sozialgerichten können der Fachserie 10 des Statistischen Bundesamtes entnommen werden: www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Gerichte/sozialgerichte-2100270187004.pdf.

- 40. Wie viele Anträge, die folgende Leistungen betreffen:
 - a) Medizinische Reha,
 - b) Heilmittel,
 - c) Hilfsmittel,
 - d) Psychotherapie,
 - e) Früherkennung und Frühförderung,
 - f) Heilpädagogische Leistungen für Kinder im Vorschulalter,
 - g) Leistungen zur Teilhabe in stationären Wohneinrichtungen,
 - h) Leistungen zum ambulanten Wohnen,
 - i) Sonstige Leistungen zur sozialen Teilhabe,
 - j) Leistungen zur Teilhabe an Bildung,wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 bei Trägern der Jugendhilfe gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden in dem oben genannten Zeitraum abgelehnt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln und Grund der Ablehnung)?

41. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Widersprüche eingereicht, nachdem Träger der Jugendhilfe Leistungen abgelehnt haben, und wie wurden diese entschieden (bitte nach Bundesländern und ggf. Grund der Ablehnung aufschlüsseln)?
42. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 Klageverfahren abschließend behandelt, nachdem Träger der Jugendhilfe Anträge auf Leistungen sowie Widersprüche gegen Ablehnungen abgelehnt haben (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?
43. Wie lange dauerte nach Kenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2018 die Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Träger der Jugendhilfe (bitte nach Jahren, Art der Leistung und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 40 bis 43 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Aus der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik ergeben sich diese Angaben nicht. Eine fortlaufende trägerübergreifende Datenerhebung zu Teilhabeleistungen durch die Bundesregierung findet nicht statt. Mit Inkrafttreten des § 41 SGB IX zum 1. Januar 2018 ist eine neue rechtliche Grundlage für die fortlaufende trägerübergreifende Datenerhebung von Fallzahlen geschaffen worden, die eine bundesweite Erhebung und Auswertung aller Rehabilitationsträger vorsieht (Teilhabeverfahrensbericht). Nach § 41 SGB IX findet die erste trägerübergreifende Veröffentlichung eines Teilhabeverfahrensberichtes durch die BAR erst Ende Dezember 2019 statt. Deren Auswertung erfolgt Anfang 2020.

44. Wie viele Persönliche Budgets gemäß § 29 SGB IX wurden in den Jahren 2009 bis 2018 jeweils beantragt und bewilligt (bitte nach Art des Leistungsträgers und Bundesland aufschlüsseln)?
45. Welche Leistungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung besonders häufig in Form eines Persönlichen Budgets beantragt?
46. Welche Leistungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung besonders häufig in Form eines Persönlichen Budgets bewilligt?

Die Fragen 44 bis 46 werden zusammenhängend beantwortet, soweit der Bundesregierung Informationen hierzu vorliegen.

Statistische Angaben zur Inanspruchnahme von Persönlichen Budgets im Zuständigkeitsbereich der Bundesagentur für Arbeit stehen erst ab dem Jahr 2018 zur Verfügung und können der Anlage 9 entnommen werden.* Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern ist aufgrund geringer Fallzahlen und der daraus folgenden statistischen Geheimhaltung nicht möglich. Für Leistungen, die im Rahmen des persönlichen Budgets durchgeführt werden, liegen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit Informationen zu Maßnahmeteilnahmen und somit für Bewilligungen vor. Die häufigsten Förderleistungen 2018 waren besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung sowie die Unterstützte Beschäftigung. Auf die Antwort zu Frage 44 wird verwiesen.

Die Anlage 10 enthält eine Übersicht über die Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und der Hilfe zur Pflege in Form eines Persönlichen Budgets am jeweiligen Jahresende. Leis-

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/16281 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

tungsträger ist grundsätzlich die Sozialhilfe nach dem SGB XII. Es können jedoch auch andere Träger mitbetroffen sein. Die SGB XII-Statistik erfasst nur gewährte Leistungen, nicht aber die Zahl der Antragsteller. Zu den Fragen 45 und 46 liegen der Bundesregierung keine statistischen Informationen vor.

Nach Angaben der DGUV liegen folgende Daten vor:

Jahr	Anzahl der beantragten und bewilligten Leistungen in Form des Persönlichen Budgets
2009	1 077
2010	1 210
2011	1 481
2012	1 459
2013	1 563
2014	1 830
2015	1 893
2016	2 340
2017	2 875
2018	3 017

Nach Angaben der SVLFG wird zu Persönlichen Budgets nur eine Leistungsstatistik geführt, Anträge werden nicht erfasst. In den Jahren 2013 bis 2018 sind Persönliche Budgets wie folgt bewilligt worden (ohne erneute Zubilligungen im selben Leistungsfall):

Jahr	Anzahl der bewilligten Leistungen in Form des Persönlichen Budgets
2013	47
2014	53
2015	53
2016	52
2017	62
2018	78

Statistische Auswertungen sind der SVLFG erst für die Zeit ab 2013 (Gründung der SVLFG) möglich, ab diesem Zeitpunkt liegt eine zentrale Datenerfassung und Statistik vor.

Persönliche Budgets werden im Bereich der Gesetzlichen Unfallversicherung mit einer eigenen Leistungsart erfasst, nicht jedoch nach der Art der Einzelleistungen. Aus den Erfahrungen, die die DGUV im Rahmen von Seminaren und im Austausch mit Reha-Manager/innen bzw. Unfallversicherungsträgern gewonnen hat, eigenen sich insbesondere Leistungen, die den persönlichen Bereich betroffener Menschen angehen und die dann im Rahmen eines „Arbeitgebermodells“ in Anspruch genommen werden können (z. B. Pflegeleistungen, Assistenzleistungen), für ein Persönliches Budget. Weiterhin Leistungen im Rahmen der Wohnungshilfe (z. B. Badumbauten), Reisekosten und Haushalts-hilfeleistungen sowie Lehr- und Lernmittel bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.

Im Jahr 2018 wurden insgesamt 92 Anträge auf persönliches Budget in der Rentenversicherung bewilligt. Zu den Vorjahren können kurzfristig keine Sonderauswertungen geleistet werden. Im Übrigen liegen keine Angaben in der Statistik der Rentenversicherung vor.

47. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus ggf. vorhandenen Abweichungen zwischen den Antworten auf die beiden vorstehenden Fragen?

Da zu den Fragen 45 und 46 keine vergleichbaren statistischen Daten vorliegen, ist eine entsprechende Bewertung nicht möglich.

48. Sind der Bundesregierung Unterschiede zwischen Anträgen auf Sachleistungen und Leistungen in Form eines Persönlichen Budgets bezüglich der Dauer des Verwaltungsverfahrens sowie der Häufigkeit von Ablehnungen, Widersprüchen und Klagen bekannt (bitte nach Art des Leistungsträgers und Bundesland differenzieren)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

49. Aus welchen Gründen gibt es für manche Sozialleistungsträger Vorgaben zu Bearbeitungsfristen, wie § 13 Absatz 3a SGB V, und für andere Leistungsträger nicht?

Plant die Bundesregierung eine Angleichung der Regelungen?

50. Aus welchen Gründen gibt es in Widerspruchsverfahren keine festgelegten Bearbeitungsfristen für Sozialleistungsträger, und strebt die Bundesregierung eine Angleichung analog zu §§ 14 ff. SGB IX an (s. Jahresbericht Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz 2018)?

Die Fragen 49 und 50 werden gemeinsam beantwortet.

Starre gesetzliche Fristen für die Entscheidung über die Gewährung von Sozialleistungen sind in der Regel ungeeignet, da für die Entscheidungsfindung die Umstände des konkreten Einzelfalls zu ermitteln und zu bewerten sind. Die Ermittlung des Sachverhalts erfolgt von Amts wegen, wobei der zuständige Leistungsträger die Art und den Umfang der Ermittlungen bestimmt, dabei aber alle für den Einzelfall bedeutsamen Umstände zu berücksichtigen hat (§ 20 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – SGB X).

Der Amtsermittlungsgrundsatz gilt ebenso im Widerspruchsverfahren sowie im gerichtlichen Verfahren (§ 103 des Sozialgerichtsgesetzes, SGG). Die Amtsermittlungspflicht wird gleichermaßen ergänzt wie auch begrenzt durch die gesetzlichen Mitwirkungspflichten der betroffenen Person, die z. B. alle für die Leistung erheblichen Tatsachen anzugeben hat oder sich unter Umständen auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers einer ärztlichen Untersuchungsmaßnahme zu unterziehen hat (vgl. §§ 60 ff des Ersten Buches Sozialgesetzbuch; § 103 SGG). Erfüllt die betroffene Person ihre Mitwirkungspflicht nicht bzw. nicht unmittelbar, können sich daraus zeitliche Verzögerungen ergeben, weil z. B. der Sachverhalt umständlicher auf andere Art und Weise zu ermitteln ist. Dieser vom konkreten Einzelfall abhängende und mitunter sehr unterschiedliche Ermittlungsaufwand ist nicht vereinbar mit der gesetzlichen Vorgabe von Bearbeitungszeiten für die Entscheidung über die Gewährung von Sozialleistungen. Im gerichtlichen Verfahren würde starren Bearbeitungsfristen zudem die verfassungsrechtlich garantierte richterliche Unabhängigkeit entgegenstehen. Nur in wenigen Ausnahmefällen kommen daher derartige Bearbeitungsfristen überhaupt in Betracht, z. B. wenn der mit einer konkreten Sozialleistung verbundene Ermittlungsaufwand typischerweise gering und generell in den Einzelfällen gleichgelagert ist.

Dieselben Erwägungen sprechen im Ergebnis auch gegen eine vorläufige, automatische Bewilligung von Leistungen. In der Regel richtet sich sowohl das Bestehen des Anspruchs auf eine Sozialleistung als auch deren Höhe nach dem konkreten Einzelfall. Damit ist die Bewilligung der Sozialleistung ohne eine umfassende Ermittlung des im Einzelfall relevanten Sachverhaltes von vorneherein ausgeschlossen. Hinzukommt, dass eine vorläufige Leistungsbewilligung bzw. die durch Zeitablauf bedingte Fiktion einer Leistungsbewilligung keine Aussage über die materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung trifft. Sollte sich herausstellen, dass materiell-rechtlich kein Anspruch auf die (volle) Sozialleistung besteht, ist die Bewilligung (ggf. teilweise) aufzuheben und die erbrachten Leistungen sind von der betroffenen Person zu erstatten.

Abhängig von der Höhe der Erstattungsforderung bzw. den wirtschaftlichen Verhältnissen der betroffenen Person, kann dies mit einem erheblichen Nachteil für sie verbunden sein. Darüber hinaus ginge es zu Lasten der Solidargemeinschaft, soweit Erstattungsforderungen aufgrund Mittellosigkeit der Empfänger nicht realisierbar wären. Es wären zudem große rechtliche Unsicherheiten im Hinblick auf die Bestandskraft und Rechtskraft von verwaltungsbehördlichen und gerichtlichen Entscheidungen zu gewärtigen. Neben dem Erfordernis der Rechtssicherheit liegt es daher vor allem im Interesse der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger sowie der Solidargemeinschaft, wenn die Entscheidung über die Bewilligung einer Sozialleistung erst nach einer Sachverhaltsprüfung und bei Vorliegen der erforderlichen Entscheidungsreife durch den zuständigen Leistungsträger erfolgt.

51. Wie viele Klagen im Zusammenhang mit Teilhabeleistungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung das Bundessozialgericht, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht in den Jahren 2009 bis 2018 abschließend behandelt (bitte nach Bundesland sowie Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu für die genannten Gerichtsbarkeiten keine Erkenntnisse vor. Auch die Fachserien des Statistischen Bundesamtes zu der Sozialgerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit enthalten keine eigenständige Darstellung der Klagen im Zusammenhang mit Teilhabeleistungen.

52. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Klagen aufgrund fehlender Bereitstellung angemessener Vorkehrungen gemäß § 7 Absatz 2 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) eingereicht (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?
53. In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung von dem Verbandsklagerecht gemäß § 15 des Behindertengleichstellungsgesetzes Gebrauch gemacht (bitte nach Bundesländern, Art des beteiligten Leistungsträgers und Ausgang des Verfahrens aufschlüsseln)?

Die Fragen 52 und 53 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

54. Hat die Bundesregierung eine Haltung zu dem Vorschlag, eine vorläufig automatisch bewilligende Wirkung von Anträgen, Widersprüchen und Klagen einzuführen, um lange Wartezeiten zu verhindern und den Zugang zu Leistungen für die Betroffenen sicherzustellen?

Wenn ja, welche?

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 49 und 50 verwiesen.

55. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung Sozialleistungsträger seit 2009 zu Schadensersatzzahlungen aufgefordert, weil sie Leistungen zu Unrecht verweigert haben?

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser Zahl die Frage, ob die Regelungen zum Schadensersatz bei behördlichen Fehlentscheidungen im Teilhabeleistungsrecht ausreichend sind?

56. In wie vielen Fällen mussten in den Jahren 2009 bis 2018 Leistungsträger die Kosten selbst beschaffter Leistungen nach § 18 SGB IX erstatten (bitte nach Bundesländern und Art der beteiligten Leistungsträger aufschlüsseln)?

Die Fragen 55 und 56 werden gemeinsam beantwortet.

Eine fortlaufende trägerübergreifende Datenerhebung zu Teilhabeleistungen durch die Bundesregierung findet nicht statt. Mit Inkrafttreten des § 41 SGB IX zum 1. Januar 2018 ist eine neue rechtliche Grundlage für die fortlaufende trägerübergreifende Datenerhebung von Fallzahlen geschaffen worden, die eine bundesweite Erhebung und Auswertung aller Rehabilitationsträger vorsieht (Teilhabeverfahrensbericht). Die Rehabilitationsträger sind auf dieser gesetzlichen Grundlage verpflichtet, die Anzahl der beantragten und bewilligten Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe anonymisiert zu erfassen und diese Daten der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e. V. (BAR) zu übermitteln.

Die BAR veröffentlicht jährlich eine Übersicht über die von den Rehabilitationsträgern übermittelten Daten in Gestalt des Teilhabeverfahrensberichts. Nach § 41 SGB IX findet die erste trägerübergreifende Veröffentlichung eines Teilhabeverfahrensberichtes durch die BAR erst Ende Dezember 2019 statt. Deren Auswertung erfolgt Anfang 2020.

Zu den erhobenen Daten gehört auch die Anzahl der Anträge auf Erstattung nach § 18 SGB IX nach den Merkmalen „Bewilligung“ oder „Ablehnung“.

In der Rentenversicherung liegen zwar keine Angaben zu Schadensersatzforderungen im Sinne der Frage 55 vor, jedoch können Angaben zu Erstattungsforderungen nach § 18 SGB IX im Sinne der Frage 56 gemacht werden. Diese sind in der beigelegten Anlage 11 enthalten.*

57. Hält die Bundesregierung die Regelungen des § 18 SGB IX vor dem Hintergrund, dass die Kosten von Teilhabeleistungen oft das Budget der Betroffenen übersteigen, für geeignet, den Bedarf zeitnah zu decken (bitte begründen)?

§ 18 SGB IX umfasst nach der Begründung des Gesetzgebers keinen eigenständigen Leistungsanspruch. Die Vorschrift verfolgt somit nach ihrer Konzeption nicht den Zweck, den Bedarf an Leistungen zu decken. Die Vorschrift ver-

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/16281 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

schaft den Leistungsberechtigten lediglich einen zusätzlichen Erstattungsanspruch gegen den Rehabilitationsträger, wenn dieser nicht innerhalb der Fristen des § 18 SGB IX über einen Leistungsantrag entscheidet (Bundestagsdrucksache 18/9522, Seite 238). Allgemeine und einstweilige Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber Rehabilitationsträgern zur Verwirklichung von bedarfsdeckenden Leistungsansprüchen bleiben von § 18 SGB IX unberührt (siehe auch Antwort zu Frage 59 zu den Rechtsschutzmöglichkeiten).

58. Aus welchen Gründen hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, Leistungen der Eingliederungshilfe auch nach dem 1. Januar 2020 von den Regelungen des § 18 SGB IX auszunehmen?

Ein Anspruch auf nachträgliche Erstattung von selbstbeschafften Leistungen der Eingliederungshilfe, für die nach derzeit geltendem Recht der Sozialhilfeträger leistungspflichtig ist, kollidiert mit dem sozialhilferechtlichen Bedarfsdeckungsgrundsatz, der aus § 9 Absatz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) abgeleitet wird.

Nach dem Bundesteilhabegesetz ergibt sich ab dem Jahr 2020 für die Eingliederungshilfe keine andere Bewertung durch die Verortung des Bundesteilhabegesetzes in Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX); auch die Tatsache, dass Leistungen der Eingliederungshilfe künftig einer Antragstellung bedürfen, ändert nichts an dieser Auffassung.

Zwar erfolgen mit dem Bundesteilhabegesetz die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ und damit die formale Ausgliederung der Eingliederungshilfe aus dem Recht der Sozialhilfe, der Bedarfsdeckungsgrundsatz bleibt jedoch bestehen und leitet sich künftig aus § 104 Absatz 1 SGB IX ab.

59. Welche Beschwerdemöglichkeiten haben leistungsberechtigte Personen, wenn die Bearbeitung von Anträgen auf Leistungen mehrere Monate dauert?

Soweit ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht beschieden wird, kann der Berechtigte nach Ablauf von sechs Monaten seit dem Antrag auf Vornahme des Verwaltungsaktes Untätigkeitsklage zum Sozialgericht erheben (§ 88 Absatz 1 des Sozialgerichtsgesetzes – SGG). Die gleiche Möglichkeit besteht im Falle, dass innerhalb einer Frist von drei Monaten nicht über einen Widerspruch entschieden worden ist (§ 88 Absatz 2 SGG). Im Einzelfall kann die Möglichkeit einstweiligen Rechtsschutzes bestehen (§ 86b SGG). Für das gerichtliche Verfahren besteht daneben eine Rechtsschutzmöglichkeit mit einem Anspruch auf Entschädigung für Nachteile im Falle unangemessen langer Verfahrensdauer (§ 202 SGG in Verbindung mit §§ 198 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes). Unabhängig von diesen formellen Rechtsbehelfen können sich Betroffene an die jeweils zuständige Aufsicht wenden und dort Beschwerde einlegen. Dies kann im Einzelfall die Fachaufsicht, die Rechtsaufsicht oder die Dienstaufsicht betreffen.

60. Hat die Bundesregierung eine Haltung zu dem Vorschlag, neben der bereits existierenden Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz weitere unabhängige Ombudsstellen einzuführen, die bei Unklarheiten schlichten und beraten können?

Wenn ja, welche?

Schlichtungsstellen haben die Aufgabe, Konflikte zwischen Bürgerinnen und Bürgern und öffentlichen Stellen zu lösen. Dabei geht es nicht darum, Gewinner oder Verlierer zu finden, sondern Probleme außergerichtlich, kostenfrei und ohne weiteren Rechtsbeistand zu lösen. Das existierende Schlichtungsverfahren nach § 16 BGG wird gut genutzt und hat sich bewährt. Die Schaffung weiterer Schlichtungs- oder Ombudsstellen für die Themen Barrierefreiheit oder Benachteiligung wegen einer Behinderung wird auf Bundesebene als nicht erforderlich angesehen.

61. Inwiefern sind welche Sozialleistungsträger gemäß § 17 SGB I sowie der Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung (§ 3 BGG) nach Ansicht der Bundesregierung verpflichtet, Dokumente in barrierefreien Formaten zur Verfügung zu stellen, und welche Dokumente fallen unter die zuvor genannten Regelungen (Formulare, Bescheide, Schriftverkehr etc.)?

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in diesem Punkt?

Gemäß § 10 Absatz 1 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) haben Träger öffentlicher Gewalt bei der Gestaltung von Bescheiden, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtlichen Verträgen und Vordrucken eine Behinderung von Menschen zu berücksichtigen. Blinde und sehbehinderte Menschen können zur Wahrnehmung eigener Rechte imungsverfahren nach Maßgabe der Verordnung zur Zugänglichmachung von Dokumenten für blinde und sehbehinderte Menschen imungsverfahren nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung – VBD) insbesondere verlangen, dass ihnen Bescheide, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke ohne zusätzliche Kosten auch in einer für sie wahrnehmbaren Form zugänglich gemacht werden. Dies gilt gemäß § 2 VBD für Bescheide, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke (Dokumente), einschließlich der Anlagen, die die Dokumente in Bezug nehmen.

Die Regelung greift für Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des BGG. Darunter fallen gemäß § 1 Absatz 1a BGG Dienststellen und sonstige Einrichtungen der Bundesverwaltung einschließlich der bundesunmittelbaren Körperschaften, bundesunmittelbaren Anstalten und bundesunmittelbaren Stiftungen des öffentlichen Rechts, Beliehene, die unter der Aufsicht des Bundes stehen, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, und sonstige Bundesorgane, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. Soweit sie Sozialleistungsträger betrifft, zählen sie zu den Trägern öffentlicher Gewalt und fallen demgemäß in den Anwendungsbereich. Leistungsträger auf Landesverwaltungsebene gehören dagegen nicht zum Adressatenkreis. Für sie gelten die Landesgleichstellungsgesetze der entsprechenden Bundesländer.

Gemäß § 11 Absatz 1 BGG sollen Träger öffentlicher Gewalt mit Menschen mit geistigen Behinderungen und Menschen mit seelischen Behinderungen in einfacher und verständlicher Sprache kommunizieren. Auf Verlangen sollen sie ihnen insbesondere Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke in einfacher und verständlicher Weise erläutern. Sofern diese Erläuterung nicht ausreichend ist, sollen Träger öffentlicher Gewalt auf Verlangen Menschen mit geistigen Behinderungen und Menschen mit seelischen Behinderungen Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche

Verträge und Vordrucke in Leichter Sprache erläutern. Seit der Novellierung des BGG im Jahr 2016 gilt § 11 BGG gemäß § 19 Absatz 1 a SGB X entsprechend im Sozialverwaltungsverfahren, also für alle Sozialleistungsträger im Sinne von § 12 SGB I sowie den übrigen Behörden, die Sozialverwaltungsverfahren durchführen (Bundestagsdrucksache 18/7824, S. 26). § 11 BGG gilt nach § 17 Absatz 2a SGB I ebenso bei der Ausführung von Sozialleistungen entsprechend. Somit werden die Sozialleistungsträger zur Verständlichkeit und Verwendung der Leichten Sprache sowie zur Übernahme der hierdurch entstehenden Kosten verpflichtet.

Die Bundesregierung zielt darauf ab, bei der Herstellung von Barrierefreiheit sukzessive weiter voranzukommen. Dazu hat sich der Bund gesetzlich mit der Weiterentwicklung des BGG im Jahr 2016 und den gesetzlichen Regelungen zur Umsetzung über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen im Jahr 2018 zur Herstellung von Barrierefreiheit in weiteren Bereichen verpflichtet.

62. Inwiefern sind die Jobcenter (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) gemäß § 17 SGB I sowie der Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung (§ 3 BGG) nach Ansicht der Bundesregierung dazu verpflichtet, Dokumente in barrierefreien Formaten zur Verfügung zu stellen, und welche Dokumente fallen unter die zuvor genannten Regelungen (Formulare, Bescheide, Schriftverkehr etc.)?

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in diesem Punkt?

Gemeinsame Einrichtungen selbst sind keine Sozialleistungsträger im Sinne des § 12 SGB I. Sozialleistungsträger in diesem Sinne sind jedoch die verantwortlichen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende: die Bundesagentur für Arbeit und die kreisfreien Städte und Kreise sowie die zugelassenen kommunalen Träger (§§ 12, 19a SGB I i. V. m. §§ 6, 6a SGB II). Insoweit gilt für sie die Verpflichtung des § 17 Absatz 1 Nummer 3 SGB I, darauf hinzuwirken, dass der Zugang zu Sozialleistungen möglichst einfach gestaltet wird, insbesondere durch Verwendung allgemein verständlicher Antragsvordrucke. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu § 17 Absatz 2a SGB I und § 11 BGG in der Antwort zu Frage 61 verwiesen.

Hinsichtlich des Geltungsbereichs der VBD (vgl. Frage 61) nach § 10 BGG gelten die Ausführungen der Antwort zur Frage 61. Die Bundesagentur für Arbeit unterliegt als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende der Bundesverwaltung und damit dem BGG und der VBD. § 2 VBD regelt den Anwendungsbereich für Bescheide, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke (Dokumente), einschließlich der Anlagen, die die Dokumente in Bezug nehmen. Die Bundesagentur für Arbeit erstellt diese für die gemeinsamen Einrichtungen zentral und barrierefrei bzw. stellt sie den Leistungsberechtigten barrierefrei zur Verfügung. Die kreisfreien Städte und Kreise als weitere Träger der gemeinsamen Einrichtungen unterliegen diesen bundesrechtlichen Regelungen nicht, jedoch aber entsprechenden Landesbehindertengleichstellungsgesetzen und -verordnungen.

Für die Jobcenter, die als zugelassene kommunale Träger organisiert sind, gelten hinsichtlich der barrierefreien Gestaltung und Zugänglichmachung von Dokumenten die entsprechenden Landesbehindertengleichstellungsgesetze und -verordnungen. Über deren Ausgestaltung liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Hinsichtlich des Handlungsbedarfs wird insoweit auf die entsprechenden Ausführungen zu Frage 61 verwiesen.

63. Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 2. August 2018 (III ZR 466/16) über Aufklärungspflichten der Sozialleistungsträger gezogen, oder was plant die Bundesregierung diesbezüglich zukünftig?

Gesetzgeberische Konsequenzen aufgrund des Urteils des Bundesgerichtshofs werden für nicht notwendig erachtet, da die diesbezüglichen Bestimmungen in den Sozialgesetzbüchern eine Verpflichtung zur umfassenden Auskunftserteilung in ausreichendem Umfang vorsehen. Das Urteil des Bundesgerichtshofs konkretisiert die Anforderungen und den Umfang der Beratungspflicht der Sozialleistungsträger nach dem Sozialgesetzbuch im Rahmen einer bestimmten Fallkonstellation.

64. Plant die Bundesregierung, das Informationsportal www.einfach-teilhaben.de weiter auszubauen?

Wenn nein, warum nicht?

Im Mai 2019 erfolgte der Relaunch des Informationsportals www.einfach-teilhaben.de. Die Website wurde neu strukturiert und das Informationsangebot erweitert. Es ist beabsichtigt, das Portal weiterzuentwickeln.

65. Plant die Bundesregierung eine Erweiterung des Beratungsangebotes der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatungsstellen gemäß § 32 SGB IX, um auch eine Rechtsberatung in diesen Stellen möglich zu machen?

Wenn nein, warum nicht?

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert auf der Grundlage des § 32 SGB IX seit dem 1. Januar 2018 eine ergänzende, von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängige Teilhabeberatung (EUTB). Mit der Förderung aus Bundesmitteln soll ein niedrigschwelliges und flächendeckendes Beratungsangebot etabliert werden, das der Stärkung der Selbstbestimmung (Empowerment) von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohten Menschen dient. Die Beratung soll insbesondere im Vorfeld der Beantragung konkreter Leistungen Ratsuchenden und ihren Angehörigen die notwendige Orientierungs-, Planungs- und Entscheidungshilfe geben und kann bei Bedarf auch während des Teilhabeverfahrens über Leistungen und Verfahrensregelungen aufklären. Die Angebote der EUTB ergänzen somit insbesondere die bestehenden Beratungs- und Informationsangebote der Rehabilitationsträger (vgl. Informations-, Beratungs- und Auskunftspflicht nach den §§ 13 ff. SGB I, sog. Ansprechstellen).

Das Gesetz zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe (kurz: „Angehörigen-Entlastungsgesetz“) hat die Weiterführung der Finanzierung der EUTB aufgegriffen. Ab dem Jahr 2023 steht ein zeitlich unbefristetes Finanzierungsbudget zur Verfügung, welches eine Sicherung des Status quo der geschaffenen Strukturen ermöglichen sollte. Eine Änderung der Zielsetzung der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung ist bisher nicht vorgesehen. Im Fokus wird weiterhin der Aufklärungs- und Empowermentgedanke zugunsten der Ratsuchenden stehen. Das bedeutet nicht, dass die EUTB nicht für Aufklärungs- und Erläuterungsfragen im sozialrechtlichen Leistungssystem zur Verfügung steht, denn eine Rechtsdienstleistung liegt nicht vor, wenn zwar eine vertiefte Auseinandersetzung mit rechtlichen Fragestellungen stattfindet, diese sich jedoch nicht auf einen konkreten Einzelfall bezieht. Daher ist auch eine allgemein gehaltene, auf den nicht überprüften Angaben des Nachfragenden beruhende Rechtsauskunft

zu Fragen der Rehabilitation und Teilhabe an eine interessierte Einzelperson keine Rechtsdienstleistung.

66. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Länder bei der Qualifikation und Bereitstellung von Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialleistungsträger zu unterstützen?

Mit dem Projekt „Umsetzungsbegleitung BTHG“, das vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Deutscher Verein) als Zuwendungsnehmer des BMAS durchgeführt wird, unterstützt die Bundesregierung vor allem die künftigen Eingliederungshilfeträger bei der Umsetzung der mit dem Bundesteilhabegesetz neu eingeführten Regelungen. In diesem Rahmen hat der Deutsche Verein im Jahr 2019 zehn zwei- bis dreitägige Vertiefungsveranstaltungen durchgeführt, die sich jeweils mit einem Thema der Eingliederungshilfe befassen. Zudem wurde im Jahr 2019 eine Regionalkonferenz angeboten, an der vier Länder teilgenommen haben. Darüber hinaus gibt es regelmäßig stattfindende Online-Fachdiskussionen sowie Webinare mit ausgewählten Expertinnen und Experten. Die projekteigene Website (www.umsetzungsbegleitung-bthg.de) bietet zudem die Möglichkeit, Fragen bezüglich der neuen Regelungen in der Eingliederungshilfe zu stellen, die dann vom Projekt beantwortet werden. Diese und auch die im Zusammenhang mit den anderen Beteiligungsformaten der Website gestellten Fragen gehen in einen BTHG-Kompass ein, der als wachsendes Kompendium zum BTHG rund um den Bereich der Eingliederungshilfe den Wissenstransfer unterstützt. Das Projekt Umsetzungsbegleitung läuft bis Ende 2022 und wird weiterhin auf die bewährte Online-Offline-Strategie setzen, die Vertiefungsveranstaltungen und Regionalkonferenzen mit Online-Angeboten verzahnt.

Darüber hinaus bietet die BAR allen Sozialleistungsträgern trägerübergreifende Informationen und Umsetzungshilfen, wie z. B. ein Verzeichnis der Ansprechstellen für Rehabilitation und Teilhabe (www.ansprechstellen.de) und einen Reha-Fristenrechner (www.reha-fristenrechner.de). Auf der Internetseite der BAR (www.bar-frankfurt.de) stehen Formulare für die Zusammenarbeit im Reha-Prozess und eine Arbeitshilfe zum Datenschutz zur Verfügung. Darüber hinaus werden auch Schulungen zum BTHG angeboten. Die Bundesregierung begrüßt diese vielfältigen Angebote, die zur Umsetzungsbegleitung des BTHG von der BAR bereitgestellt werden und begleitet diese Aktivitäten auf fachlicher Ebene, soweit dies von den Rehabilitationsträgern und von der BAR für sinnvoll erachtet wird.

67. Inwiefern plant die Bundesregierung, die Länder bei der Qualifikation und Bereitstellung von Informationen für Richterinnen und Richter zu unterstützen?

Die Bundesregierung fördert aus Mitteln des Nationalen Aktionsplans zur Behindertenpolitik und Teilhabebericht das Projekt „UN-Behindertenrechtskonvention in der betreuungsgerichtlichen Praxis“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR). Ziel des dreijährigen Projektes (2019 bis 2021) ist es, durch bundesweite fachliche Tagungen den Richter/innen und Rechtspfleger/innen der Betreuungsgerichtsbarkeit die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) systematisch bekannt zu machen, über ihre Stellung innerhalb der Rechtsordnung und insbesondere inhaltliche Dimensionen der einzelnen Bestimmungen konkret, zielgruppengerecht und anwendungsorientiert zu informieren sowie für ihre erforderliche Berücksichtigung in der Praxis zu werben und damit die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Bereich der selbstbestimmten rechtlichen Handlungsfähigkeit von Erwachsenen insgesamt zu

fördern. Im Zuge des Projekts sollen Arbeitshilfen für die Praxis erstellt sowie drei Schulungen für Multiplikatoren durchgeführt werden.

Die entsprechenden Fachveranstaltungen werden von jeweils einer Referentin/einem Referenten der Monitoring-Stelle UN-BRK beim DIMR und jeweils einer Praktikerin/einem Praktiker durchgeführt. Sie finden im jeweiligen Bundesland und damit in gut erreichbarer Nähe der Zielgruppen statt.

Bereits 2017 bis 2018 wurde ein Projekt gefördert, welches Wissen über die UN-BRK und ihre Rechtsanwendung im Rahmen von Fortbildungsangeboten für Richter/innen der Sozialgerichtsbarkeit anbot. Das Projekt trug damit dazu bei, die Sozialgerichtsbarkeit weiter über die Verpflichtungen aus der UN-BRK zu informieren und dafür zu sensibilisieren.

Informationen für Richterinnen und Richter finden sich in der Materialsammlung des DIMR. Diese bündelt Erfahrung und Wissen, gibt den Diskussionsstand über Potenzial und auch Grenzen der UN-BRK in der sozialgerichtlichen Praxis wieder und soll den Rechtsanwender/innen für den eigenen Gebrauch dienen:

www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/61185/ssoar-2018-Menschenrechte_in_der_sozialgerichtlichen_Praxis.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2018-Menschenrechte_in_der_sozialgerichtlichen_Praxis.pdf.

Darüber hinaus wurde die Rechtsprechungsdatenbank „ius menschenrechte“ aktualisiert, indem die bis dato ergangenen Entscheidungen des UN-Fachausschusses für die Datenbank aufbereitet und eingepflegt wurden.

68. Inwiefern nutzt die Bundesregierung den Teilhabeverfahrensbericht (gemäß § 41 SGB IX) zur Überprüfung des Zugangs zu Teilhabeleistungen?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR e. V.) veröffentlicht den ersten Teilhabeverfahrensbericht nach § 41 SGB IX für das Jahr 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung am 30. Dezember 2019 auf ihrer Homepage. Der Teilhabeverfahrensbericht soll die Zusammenarbeit der Träger und das Reha-Leistungsgeschehen transparenter machen und Möglichkeiten der Evaluation und Steuerung eröffnen. Um verfahrenshemmende Divergenzen und Intransparenzen im Rehabilitationsrecht künftig besser zu erkennen, sollen deshalb insbesondere Angaben zu Anzahl der Anträge, Verfahrensdauer, Weiterleitung, Ablehnung und Rechtsbehelfen wie Widerspruch und Klage künftig von allen Rehabilitationsträgern nach einheitlichen Vorgaben erhoben und veröffentlicht werden. Der Bericht ist mithin ein Ausfluss aus dem Demokratie – und Rechtsstaatsprinzip, denn er gibt Einsicht und Transparenz in hoheitliches Handeln.

Der Ende 2019 vorliegende Teilhabeverfahrensbericht für das Jahr 2018 wird im Vergleich zu den nachfolgenden Berichten ab 2020 einige Besonderheiten aufweisen. Da die Umsetzung des Teilhabeverfahrensberichts hohe Anforderungen an alle Reha-Träger stellt, wurde – in Abstimmung mit dem BMAS – ein Konzept für einen strukturierten Berichtsaufbau vorgesehen. Für die Trägerbereiche bestand die Möglichkeit, die Datenerfassungen mit einer geringen Anzahl ausgewählter Pilotträger vorzunehmen. Deshalb wird es Daten geben, die im ersten Teilhabeverfahrensbericht noch nicht oder nicht für alle Träger abgebildet werden können. Der zweite Teilhabeverfahrensbericht für das Jahr 2019 soll dann die Daten aller Träger enthalten und wird im Jahr 2020 veröffentlicht werden.

69. Plant die Bundesregierung, Forschungsvorhaben über den Zugang zu Teilhabeleistungen zu beauftragen?

Wenn nein, warum nicht?

In Kürze wird die bereits abgeschlossene Studie zur Einführung von Bedarfsermittlungsinstrumenten nach § 13 SGB IX veröffentlicht. In dieser Studie wurde bei den Rehabilitationsträgern nach § 6 SGB IX in einem Zeitraum von zwei Jahren untersucht, welche konkreten Verfahren die Rehabilitationsträger entwickelt haben, um Teilhabebedarfe von Menschen mit Behinderungen zu identifizieren, Teilhabeziele zu definieren und diesen Zielen entsprechende Leistungen zu erbringen.

Darüber hinaus wird noch bis 2022 im neuen Recht der Eingliederungshilfe die Begleitforschung zum Bundesteilhabegesetz nach Artikel 25 BTHG durchgeführt. Im Rahmen der Wirkungsprognose nach Artikel 25 Absatz 2 BTHG, der modellhaften Erprobung nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG sowie der Finanzuntersuchung nach Artikel 25 Absatz 4 BTHG wird auf unterschiedliche Art und Weise auch der Zugang zu Teilhabeleistungen in den Blick genommen (z. B. Gesamtplanung, Wunsch- und Wahlrecht, Instrumente der Bedarfsermittlung in der Eingliederungshilfe).

Anlage 1 zu Frage 8

RV insgesamt

Anträge und Ablehnungen

RV insgesamt

Jahr	Davon Ablehnungen											
	Ablehnungen insgesamt	Leistung nicht notwendig	Nichteinhaltung der Vierjahresfrist	Leistung derzeit nicht Erfolg versprechend	Leistung nicht Erfolg versprechend	Umdeutung	Keine verminderte Erwerbsfähigk. bei latent Versicherten	Versicherungsrechtl. Voraussetz. nicht erfüllt	Leistungs-ausschluss	mangelnde Mitwirkung	aus sonstigen Gründen	
medizinische Rehabilitation												
Anträge LMR	Ablehn. LMR											
2009	1.638.294	273.314	116.819	33.708	9.240	70.570	10.301	1.124	2.319	3.393	22.682	3.158
2010	1.669.142	336.406	150.580	40.238	11.339	88.425	11.577	1.156	2.216	3.179	24.223	3.473
2011	1.690.818	339.415	151.928	41.358	11.569	92.785	12.100	1.011	2.192	2.662	20.292	3.518
2012	1.692.801	329.127	132.134	38.930	11.460	106.985	12.844	980	2.174	2.618	17.408	3.594
2013	1.670.139	310.614	125.255	36.200	10.938	101.596	12.237	894	2.342	2.443	15.722	2.987
2014	1.724.277	315.252	131.613	34.538	10.993	101.237	12.323	939	2.332	2.434	15.775	3.068
2015	1.659.740	300.677	119.751	34.496	10.558	100.175	13.118	905	1.756	2.507	14.620	2.791
2016	1.641.199	277.661	121.408	32.391	11.225	77.944	12.614	761	1.518	2.876	14.633	2.291
2017	1.604.987	259.327	145.233	28.991	12.803	39.313	11.462	741	1.639	2.781	14.262	2.102
2018	1.610.054	254.651	157.754	29.177	17.360	15.557	11.331	735	1.629	2.913	15.857	2.338

Anträge und Ablehnungen

Teilhaber am Arbeitsleben	Kraftfahrzeughilfe											
	Anträge LTA	Ablehn. LTA	versprechend	sprechend	erfüllt				Anträge KFZ	Abl. KFZ		
2009	399.688	67.359	38.580	2.874	5.400	2.292	6.861	548	5.399	5.302	103	6.856
2010	412.966	88.375	54.580	2.778	6.817	1.955	7.834	615	6.834	6.860	102	6.921
2011	397.388	96.623	60.678	3.398	6.825	2.047	8.045	508	7.341	7.668	113	6.835
2012	403.938	102.581	64.843	3.671	7.069	1.921	8.331	442	7.676	8.525	103	6.485
2013	407.265	99.688	63.370	3.146	6.583	1.651	8.594	377	6.962	8.920	85	6.493
2014	417.531	100.736	62.824	3.000	7.068	1.580	8.451	460	7.878	9.388	87	6.327
2015	434.308	101.511	61.399	3.307	7.735	1.539	8.931	399	8.417	9.678	106	6.778
2016	449.138	106.997	61.824	3.832	9.694	1.483	11.786	437	8.593	9.259	89	6.839
2017	450.601	106.050	58.772	3.659	9.937	1.396	14.276	415	8.921	8.575	99	6.767
2018	434.534	123.734	75.402	5.071	9.049	1.245	13.976	433	9.818	8.641	99	6.863

Kraftfahrzeughilfe

Anträge KFZ

Abl. KFZ

Anlage 2 zu Frage 9

Rechtsbehelfsstatistik Rentenversicherung

Bestand und Erledigung der Widersprüche nach Berichtsjahren RV insgesamt

Verfahrensart: Streitverfahren zwischen Versicherungsträger und Versicherten/Arbeitgeber

Aktueller Rechtsbehelfsführer: Versicherter/Arbeitgeber/Sozialleistungsträger

Streitgegenstand: Rehabilitation

Jahr	Gesamtübersicht			Erledigte Widersprüche				Von den mit Bescheid erledigten Fällen ergingen:				Erfolgsquote: Abhilfe und Bescheid mit Erfolg durch erledigte Widersprüche insgesamt	
	un erledigt am Beginn des Berichts zeitr.	berich tigter Zugang	Erledi gungen insgesamt	durch Bescheid	durch		durch Zurück nahme	auf sonstige Weise	mit				
					teil weise Abhilfe	voll ständige Abhilfe			vollem Erfolg	teil weisem Erfolg	ohne Erfolg wegen		
											formellen Gründen		materi ellen Gründen
	1	2	3	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
2009	33.514	137.619	132.951	60.885	547	58.734	11.391	1.394	902	131	10.262	49.590	45,4%
2010	38.181	182.895	165.759	82.429	576	67.233	13.627	1.894	1.156	100	12.975	68.198	41,7%
2011	55.317	192.904	185.780	93.655	657	75.266	14.237	1.965	1.492	130	12.901	79.132	41,7%
2012	62.441	200.937	206.765	94.819	706	93.825	15.454	1.961	2.246	188	16.766	75.619	46,9%
2013	56.613	193.784	199.649	98.063	569	86.326	13.189	1.502	1.851	214	21.746	74.252	44,6%
2014	50.748	197.418	196.476	90.804	608	89.232	14.341	1.491	2.267	339	15.520	72.678	47,1%
2015	51.690	184.935	188.521	86.773	629	85.666	13.894	1.559	2.243	346	16.486	67.698	47,1%
2016	48.104	170.492	171.448	77.544	605	79.338	12.461	1.500	1.400	242	15.179	60.723	47,6%
2017	47.148	157.301	157.085	67.073	495	76.663	11.105	1.749	816	138	17.141	48.978	49,7%
2018	47.364	166.996	167.141	70.011	491	83.756	11.017	1.866	714	47	22.281	46.969	50,9%

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechtsbehelfsstatistik Januar bis Dezember des jeweiligen Jahres (Tab 12.11)

Anlage 3 zu Frage 10 Blatt 1

Rechtsbehelfsstatistik Rentenversicherung
Streitgegenstand: Rehabilitation

Bestand und Erledigung der Verfahren vor den Sozialgerichten - RV insgesamt

Jahr	Gesamtübersicht				Erledigte Verfahren								Von den durch Endurteil erledigten Verfahren sind				
	un-erledigt am Beginn des Berichts-zeitr.	berich-tigter Zugang	Erledi-gungen insgesamt	un-erledigt am Ende des Berichts-zeitr.	durch End-urteil	durch Gerichtsbescheid			durch Aner-kenntnis	durch Klage-rück-nahme	durch Ver-gleich	auf sonstige Weise	mit			ohne Erfolg wegen materi-ellen Gründen	
						voll zugunsten des Ver-sicherten	teilweise zugunsten des Ver-sicherten	zu un-gunsten des Ver-sicherten					vollstem Erfolg	teil-weisem Erfolg			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
2009	7.806	7.048	6.193	8.661	767	8	2	106	1.533	3.116	420	241	154	40	8	565	
2010	8.661	8.724	7.050	10.335	978	12	17	122	1.716	3.453	516	236	216	34	12	716	
2011	10.335	10.398	9.068	11.665	1.239	19	17	179	2.240	4.398	674	302	272	61	10	896	
2012	11.665	9.482	10.347	10.800	1.373	28	17	244	2.367	5.160	799	359	283	91	11	988	
2013	10.800	9.538	9.532	10.806	1.250	21	55	227	2.371	4.537	744	327	296	67	7	880	
2014	10.806	9.155	9.628	10.333	1.223	34	39	285	2.474	4.559	710	304	241	82	11	889	
2015	10.333	8.477	8.977	9.833	1.220	34	34	324	2.114	4.269	673	309	260	78	21	861	
2016	9.833	7.694	8.446	9.079	1.144	26	41	335	2.058	3.866	668	308	211	146	16	771	
2017	9.079	6.353	7.126	8.306	977	36	25	303	1.700	3.298	521	266	179	254	12	532	
2018	8.306	6.030	6.600	7.736	967	27	23	330	1.490	3.004	463	296	182	335	9	441	

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechtsbehelfsstatistik Januar bis Dezember des jeweiligen Jahres (Tab 220.00)

Anlage 3 zu Frage 10 Blatt 2

Rechtsbehelfsstatistik
Streitgegenstand: Rehabilitation

Bestand und Erledigung der Verfahren vor den Landessozialgerichten - RV insgesamt

Jahr	Gesamtübersicht					Erledigte Verfahren								Von den durch Endurteil erledigten Verfahren sind			
	un-erledigt am Beginn des Berichtszeitraums	berichterziger Zugang	im Zugang enthaltene Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Berufung	Erledigungen insgesamt	un-erledigt am Ende des Berichtszeitraums	durch Endurteil	durch Beschluß	durch Anerkennung	durch Klagerücknahme	durch Vergleich	durch Urteil mit Zurückverweisung	durch Ablehnung der Nichtzulassungsbeschwerde	auf sonstige Weise	mit vollem Erfolg	teilweisem Erfolg	ohne Erfolg wegen formellen Gründen	materiellen Gründen
2009	353	298	15	318	333	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
2010	333	287	6	254	366	104	13	17	128	28	2	6	20	14	2	-	88
2011	366	442	12	336	472	79	6	14	109	26	-	3	17	9	2	2	66
2012	472	490	8	416	546	130	11	16	132	28	-	3	16	34	5	3	88
2013	546	451	7	430	567	130	10	14	203	40	-	3	16	23	14	4	89
2014	567	467	10	478	556	126	16	25	177	56	-	2	28	33	5	2	86
2015	556	471	11	451	576	146	20	17	202	73	1	2	17	29	4	8	105
2016	576	447	16	430	592	137	16	23	193	59	-	3	20	16	4	6	111
2017	592	382	10	361	613	120	20	26	188	40	-	8	28	12	2	2	104
2018	613	388	15	423	578	106	16	22	151	39	1	5	21	10	1	2	93
						116	32	19	182	46	-	8	20	16	6	2	92

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechtsbehelfsstatistik Januar bis Dezember des jeweiligen Jahres (Tab 230.00)

Rechtsbehelfsstatistik
Streitgegenstand: Rehabilitation

Bestand und Erledigung der Verfahren vor den Bundessozialgerichten - RV insgesamt

Jahr	Gesamtübersicht				Erledigte Verfahren							Von den durch Endurteil erledigten Verfahren sind			
	un-erledigt am Beginn des Berichtszeitraums	berichteter Zugang	Erledigungen insgesamt	un-erledigt am Ende des Berichtszeitraums	durch Endurteil	durch Anerkennung	durch Klagerücknahme	durch Vergleich	durch Urteil mit Zurückverweisung	durch Ablehnung der Nichtzulassungsbeschwerde	auf sonstige Weise	mit vollem Erfolg	teilweisem Erfolg	ohne Erfolg wegen formellen Gründen	materiellen Gründen
2009	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
2010	12	19	15	16	6	1	3	1	1	2	1	-	-	2	4
2011	16	29	22	23	9	2	5	1	1	3	1	3	1	-	5
2012	23	22	23	22	10	3	6	-	-	3	1	1	1	-	8
2013	22	19	28	13	10	7	7	-	-	4	-	-	-	4	6
2014	13	23	20	16	5	1	5	-	1	7	1	1	1	-	3
2015	16	23	17	22	4	-	4	-	-	9	-	1	-	-	3
2016	22	15	20	17	4	-	4	1	-	11	-	-	1	-	3
2017	17	18	21	14	8	1	3	-	-	7	2	2	-	1	5
2018	14	18	23	9	7	-	3	-	-	13	-	6	-	1	-
2018	9	16	17	8	3	-	1	-	-	13	-	2	1	-	-

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechtsbehelfsstatistik Januar bis Dezember des jeweiligen Jahres (Tab 240.00)

Anlage 3b zu Frage 11

Anlage 3b

Trägerlaufzeit bei bewilligten Rehabilitationsanträgen (in Tagen)

Antragsart	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	IST
Leistungen für Versicherte insgesamt	9,5	9,4	12,2	8,4	9,0	9,5	9,7	11,0	13,1	12,4	
davon:											
- normale Leistung	9,5	9,6	13,1	8,6	9,2	9,7	9,9	11,4	13,9	13,3	
darunter:											
- Anschlussrehabilitationen	2,4	2,3	2,5	2,5	2,8	2,4	1,9	2,6	3,8	3,8	
- Bevorzugte Einladungen	10,3	10,7	11,9	11,4	12,5	12,3	12,6	14,0	16,2	15,1	
- Verfahren nach § 51 SGB V	13,1	14,7	17,6	12,6	14,3	14,8	15,6	17,4	19,2	18,9	
- Verfahren nach § 125 SGB III	22,3	25,8	28,5	22,3	22,6	21,6	24,8	27,8	35,0	30,7	
- Entwöhnungsbehandlungen	12,6	12,8	12,0	10,1	11,6	11,4	12,4	12,5	13,6	13,2	
darunter:											
- Bevorzugte Einladungen	16,5	14,6	14,1	14,3	15,5	11,8	11,9	12,3	10,8	9,8	
- Verfahren nach § 51 SGB V	19,2	20,9	19,3	15,3	18,6	15,9	16,5	18,6	21,0	24,9	
- Verfahren nach § 125 SGB III	22,1	16,8	27,4	18,4	19,5	18,7	19,8	24,3	39,1	23,5	
- Ca-Leistungen	7,8	7,3	8,1	6,7	7,2	7,2	7,4	8,2	8,4	7,2	
darunter:											
- Anschlussrehabilitationen	4,1	3,7	3,9	4,1	4,6	4,3	5,0	5,1	3,7	2,7	
- Bevorzugte Einladungen	10,1	9,6	11,7	9,9	10,5	9,5	9,4	10,5	11,9	9,6	
- Verfahren nach § 51 SGB V	13,7	14,0	15,9	15,3	18,0	18,1	17,5	19,1	21,6	20,7	
- Verfahren nach § 125 SGB III	17,8	20,1	23,5	17,3	18,2	18,9	21,6	24,0	30,5	29,1	
- Eingliederung ins Erwerbsleben	12,2	10,2	13,0	6,0	7,7	9,1	12,2	15,5	23,1	14,9	
- Sicherung der Erwerbsfähigkeit	7,8	8,0	18,9	19,3	16,9	12,9	17,2	19,4	21,0	18,3	
Leistungen für Nichtversicherte insgesamt	13,6	13,0	15,4	12,9	14,3	13,7	14,8	17,1	19,5	18,6	
davon:											
- Erwachsene	8,0	8,1	8,0	11,1	13,1	13,6	15,6	13,8	6,4	8,1	
- Kinder	13,9	13,3	15,7	13,0	14,3	13,7	14,7	17,1	19,7	18,8	
Insgesamt	9,6	9,6	12,3	8,5	9,2	9,6	9,9	11,2	13,3	12,6	
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben											
(ohne KFZ-Hilfen)	14,8	15,5	15,0	13,7	16,4	18,2	19,7	21,3	24,1	26,4	
darunter:											
- Verfahren zur Auswahl von Leistungen etc.	9,7	10,8	9,7	8,1	9,0	10,0	10,3	9,9	10,6	10,8	
- Berufsvorbereitung	7,2	7,9	7,1	6,2	7,5	10,1	10,5	9,7	11,3	14,1	
- berufliche Bildung	7,2	7,2	6,7	6,9	7,8	9,6	10,6	10,5	12,8	14,4	
Kfz-Hilfen	16,5	15,1	15,6	14,0	12,7	17,8	19,8	26,0	48,4	55,3	
Insgesamt	14,9	15,4	15,1	13,7	16,3	18,2	19,7	21,4	24,6	27,0	

Quelle: BSV-Tabelle 1 Roh-Antragslaufzeiten

Bereich 0830 - Benchmarking

Soziale Pflegeversicherung

Anlage 4 zu Frage 12

Erledigung der Anträge auf Feststellung der Pflegebedürftigkeit

Jahr	unerledigte Anträge am Jahresanfang	im Jahr gestellte Anträge	im Jahr erledigte Anträge					unerledigte Anträge am Jahresende	Bewilligungs quote (Sp.4/Sp. 3) in v. H.
			insgesamt	davon			auf sonstige Art erledigt		
				bewilligt	abgelehnt				
	1	2	3	4	5	6	7	8	
2009	170 064	903 162	947 348	681 061	229 788	36 499	125 878	71,9	
2010	125 878	947 227	948 430	683 869	231 081	33 480	124 675	72,1	
2011	124 675	870 942	877 981	633 254	224 500	20 227	117 636	72,1	
2012	117 636	917 847	952 272	693 730	239 674	18 868	83 211	72,8	
2013	83 211	1 006 350	1 009 254	743 598	250 133	15 523	80 307	73,7	
2014	80 307	958 915	957 672	703 598	237 243	16 831	81 550	73,5	
2015	81 550	1 030 854	1 020 088	750 794	251 415	17 879	92 316	73,6	
2016	92 316	1 125 080	1 052 796	749 884	283 188	19 724	164 600	71,2	
2017	164 600	1 339 959	1 329 089	1 038 544	269 448	21 097	175 470	78,1	
2018	175 470	1 252 991	1 262 462	1 040 743	198 474	23 245	165 999	82,4	

Widersprüche in der gesetzlichen Pflegeversicherung

		2009	2010	2011	2012	2013	2014
Un erledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	00100	10.237	27.689	30.319	34.011	35.249	39.131
Im Berichtszeitraum bei der Widerspruchsstelle eingegangene Widersprüche (§§ 78, 83 u. 84 SGG)	00110	44.739	93.122	101.097	111.255	114.493	107.002
Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	00120	41.318	91.156	98.692	109.320	110.688	109.730
Un erledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzüglich Pos. 0110 abzüglich Pos. 0120)	00190	13.658	29.655	32.724	35.946	39.054	36.403
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - durch Widerspruchsbescheid	00310	21.474	39.423	37.166	41.467	41.441	41.076
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	00311	11.474	24.686	28.680	33.997	35.587	34.657
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - durch Zurücknahme	00313	6.529	20.103	24.649	26.914	27.674	28.363
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - auf sonstige Art	00314	1.841	6.944	8.197	6.942	5.986	5.634
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - mit vollem Erfolg	00340	1.131	841	857	1.000	506	585
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - mit teilweise Erfolg	00341	568	617	587	635	609	817
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	00342	286	240	354	565	365	355
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - ohne Erfolg aus materiel-rechtlichen Gründen	00343	19.489	37.725	35.368	39.267	39.961	39.319
Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310) - die bindend geworden sind	00360	15.821	30.213	28.470	31.665	33.208	33.635
Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310) - die mit Klageerhebung angefochten wurden	00361	3.838	6.122	5.696	6.298	6.075	5.163
Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310) - deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	00362	1.815	3.088	3.000	3.504	2.158	2.278

Widersprüche in der gesetzlichen Pflegeversicherung

		2015	2016	2017	2018
Im Berichtszeitraum bei der Widerspruchsstelle eingegangene Widersprüche (§§ 78, 83 u. 84 SGG)	00110	109.022	109.082	121.123	119.053
Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	00120	103.378	105.656	113.604	118.225
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - durch Widerspruchsbescheid	00310	39.931	44.632	48.055	49.168
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	00311	31.368	30.556	33.932	36.008
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - durch Zurücknahme	00313	27.828	26.963	28.419	28.974
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen - auf sonstige Art	00314	4.251	3.505	3.198	4.075
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - mit vollem Erfolg	00340	446	403	378	1.061
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - mit teilweise Erfolg	00341	667	623	476	619
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	00342	413	692	338	231
Von den Widerspruchsbescheiden (Pos. 0310) ergingen - ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	00343	38.405	42.914	46.863	47.257
Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310) - die bindend geworden sind	00360	32.360	35.829	36.367	38.845
Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310) - die mit Klageerhebung angefochten wurden	00361	4.749	5.666	5.991	6.169
Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310) - deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	00362	2.822	3.137	5.697	4.154

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Ib 5 - 18631

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

07.10.2010

Gesamt (BVG, SER)

Berichtsjahr: 2009

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp. 1 - 16)	
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	129	150	1.597	102	565	286	189	438	470	51	127	111	65	270	147	165	4.862
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	230	133	428	88	1.192	424	278	806	658	83	241	214	125	223	187	253	5.563
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	284	136	650	69	1.375	474	284	775	630	72	240	191	126	402	178	275	6.161
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	75	147	1.375	121	382	236	183	469	498	62	128	134	64	91	156	143	4.264
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen:																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	218	78	364	68	969	367	219	466	423	60	221	140	107	208	136	215	4.259
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	3	26	111	0	134	34	21	132	71	4	4	18	6	6	22	14	606
0313	durch Zurücknahme	21	23	16	0	169	45	34	107	0	8	11	24	3	0	16	25	502
0314	auf sonstige Art	42	9	159	1	103	28	10	70	136	0	4	9	10	188	4	21	794
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	4	1	0	3	5	1	9	6	0	1	2	0	0	0	0	11	43
0341	mit teilweiseem Erfolg	1	3	23	2	16	3	13	6	36	4	29	2	0	7	5	3	153
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	2	2	0	1	24	2	0	17	0	0	6	3	0	0	0	1	58
0343	ohne Erfolg aus materiel-rechtlichen Gründen	211	72	341	62	924	361	197	437	387	55	184	135	107	201	131	200	4.005
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	155	35	116	24	537	181	80	213	143	48	78	89	61	115	70	0	1.945
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	47	41	207	31	422	154	130	224	235	12	138	47	46	85	51	0	1.870
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	16	2	41	13	10	32	9	29	45	0	5	4	0	8	15	0	229

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- 19.5 - 18631

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

12.12.2019

Gesamt (BVG, SER)

Berichtsjahr: 2010

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land-Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp. 1 - 16)	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche																	
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	75	147	1.375	121	380	236	183	469	498	62	129	134	76	91	156	143	4.275
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	199	136	519	52	1.107	468	306	748	502	107	256	188	122	246	196	253	5.405
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	179	150	730	62	1.084	456	340	763	628	71	297	204	112	234	146	277	5.733
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	95	133	1.164	111	403	248	149	454	372	98	88	118	86	103	206	119	3.947
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen.																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	154	98	402	59	794	370	248	516	456	56	265	164	76	203	97	222	4.180
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	5	17	141	0	113	41	41	110	46	4	20	12	36	19	29	21	655
0313	durch Zurücknahme	14	28	20	0	89	31	40	84	0	9	11	13	0	9	10	20	378
0314	auf sonstige Art	6	7	167	3	88	14	11	53	126	2	1	15	0	3	10	14	520
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	8	0	0	2	19	1	10	5	0	0	5	0	0	0	0	19	69
0341	mit teilweisem Erfolg	6	3	18	1	12	3	12	5	31	6	36	2	0	7	2	2	145
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	0	3	0	1	6	6	0	23	0	0	2	1	0	5	0	0	47
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	140	92	384	55	776	360	226	483	425	50	223	161	76	191	95	201	3.938
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	130	46	336	24	342	166	101	252	200	17	24	118	55	124	49	134	2.118
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	21	42	53	28	424	182	140	227	223	39	217	39	21	65	39	80	1.840
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	3	10	13	7	28	22	7	37	33	0	24	7	0	14	9	8	222

Gesamt (BVG, SER)

Berichtsjahr: 2011

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land-Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp. 1 - 16)	
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche																	
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	95	174	1.164	111	403	248	149	471	372	98	88	118	86	103	206	119	4.005
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	182	134	472	61	1.047	407	393	620	611	64	229	167	117	274	116	162	5.056
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	168	143	642	53	1.156	472	336	624	632	68	239	170	120	257	170	176	5.426
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	109	165	994	119	294	183	206	467	351	94	78	115	83	120	152	105	3.635
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen:																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	136	88	360	52	868	374	248	442	474	55	213	115	79	214	143	123	3.984
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	9	29	115	0	124	27	28	56	50	3	13	28	40	21	10	24	577
0313	durch Zurücknahme	21	22	18	0	94	44	52	84	0	10	9	20	1	17	10	15	417
0314	auf sonstige Art	2	4	149	1	70	27	8	42	108	0	4	7	0	5	7	14	448
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	5	0	0	2	0	0	6	2	0	2	4	0	2	0	0	20	43
0341	mit teilweiseem Erfolg	2	8	15	1	16	8	7	3	2	6	32	2	0	6	2	4	114
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	2	1	0	0	5	14	0	16	1	0	5	2	0	3	0	15	64
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	127	79	345	49	847	352	235	421	471	47	172	111	77	205	141	84	3.763
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	109	54	119	21	366	129	159	184	155	21	11	50	49	132	78	55	1.692
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	16	30	192	25	467	204	82	238	294	34	181	58	30	69	56	63	2.039
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	11	4	49	6	35	41	7	20	25	0	21	7	0	13	9	5	253

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

27.02.2014

Berichtsjahr: 2012

Gesamt (BVG, SER)

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp.1 - 16)	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche																	
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	109	174	994	119	294	183	206	467	351	94	78	115	83	120	152	105	3.644
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	219	120	418	56	1.191	424	279	639	559	51	213	194	113	250	125	160	5.011
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	193	100	522	53	1.145	390	305	629	567	52	232	201	104	269	164	163	5.089
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	135	194	890	122	340	217	180	477	343	93	59	108	92	101	113	102	3.566
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen:																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	167	69	263	50	839	313	241	452	426	40	218	148	60	234	119	125	3.764
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	9	10	96	0	130	14	21	58	29	2	8	23	36	20	18	19	493
0313	durch Zurücknahme	15	21	21	2	107	41	37	68	0	10	1	9	1	10	17	8	368
0314	auf sonstige Art	2	0	142	1	69	22	6	51	112	0	5	21	7	5	10	11	464
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	5	0	0	1	0	1	3	3	0	3	8	0	0	0	0	16	40
0341	mit teilweisem Erfolg	1	3	10	0	18	2	6	0	16	0	36	40	0	7	3	3	145
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	1	3	0	0	3	9	0	14	0	0	4	1	0	6	7	0	48
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	160	63	253	49	818	301	232	435	410	37	170	107	60	221	109	106	3.551
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	130	32	27	24	362	123	153	203	166	26	58	120	20	150	65	65	1.724
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	28	37	199	25	448	155	80	232	236	13	147	21	40	76	49	55	1.841
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	9	0	37	1	29	35	8	17	24	1	13	7	0	8	5	5	199

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

05.11.2014

Gesamt (BVG, SER)

Berichtsjahr: 2013

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp. 1 - 16)	
	Bestand und Erledigung der Widersprüche	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01																		
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	135	173	890	122	339	217	180	477	343	93	59	102	46	101	113	102	3.492
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	192	129	426	60	1.079	367	295	600	588	54	184	188	141	199	92	143	4.737
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	194	104	500	56	1.084	371	281	618	551	58	197	158	120	211	132	118	4.753
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	133	198	816	126	334	213	194	459	380	89	46	132	67	89	73	127	3.476
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen.																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	145	96	268	56	824	296	217	408	386	53	174	121	85	180	98	82	3.489
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	9	2	69	0	112	16	35	66	46	0	6	11	29	14	20	12	447
0313	durch Zurücknahme	18	3	17	0	85	42	15	78	0	5	17	18	0	13	8	16	335
0314	auf sonstige Art	22	3	146	0	63	17	14	66	119	0	0	8	6	4	6	8	482
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	1	1	0	4	0	1	3	2	0	1	5	0	0	0	0	8	26
0341	mit teilweisem Erfolg	8	6	7	1	17	2	3	2	24	1	29	33	0	3	3	4	143
0342	ohne Erfolg aus formalrechtlichen Gründen	3	3	0	0	6	6	0	29	0	0	1	0	0	5	0	0	53
0343	ohne Erfolg aus materiellrechtlichen Gründen	133	86	261	51	801	287	211	375	362	51	139	88	85	172	95	70	3.267
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	113	52	63	31	408	118	63	183	109	36	39	46	56	111	37	39	1.504
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	27	44	159	25	389	148	132	210	242	11	118	73	29	66	50	36	1.759
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	5	0	46	0	27	30	22	15	35	6	17	2	0	3	11	7	226

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

Berichtsjahr: 2014

Gesamt (BVG, SER)

12.12.2019

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- west- falen	Hessen	Rhein- land-Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp.1 - 16)	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche																	
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	133	168	816	134	334	200	194	459	380	89	46	132	67	89	73	127	3.441
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	167	136	375	53	1.043	376	218	551	618	54	198	135	91	147	144	109	4.415
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	179	106	626	176	1.099	403	259	669	704	44	212	174	103	152	137	144	5.187
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	121	198	565	11	278	173	153	341	294	99	32	93	55	84	80	92	2.669
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen:																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	145	97	336	46	804	303	179	392	502	42	193	121	73	133	85	95	3.546
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	8	5	94	0	110	18	23	54	38	0	9	21	8	12	17	13	430
0313	durch Zurücknahme	15	3	31	3	67	31	26	65	0	2	6	11	7	7	11	10	295
0314	auf sonstige Art	11	1	165	127	118	51	31	158	164	0	4	21	15	0	24	26	916
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	2	0	0	1	0	0	2	1	0	0	9	0	0	0	0	12	27
0341	mit teilweisem Erfolg	2	8	7	2	14	4	4	2	29	0	39	36	0	4	13	1	165
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	4	6	0	0	1	4	2	18	0	0	3	0	0	2	0	0	40
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	137	83	329	43	789	295	171	371	473	42	142	85	73	127	72	82	3.314
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	112	39	137	26	321	118	40	175	198	39	23	41	33	80	44	49	1.475
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	23	55	150	17	456	153	133	205	265	3	151	76	40	53	35	42	1.857
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	10	3	49	3	27	32	6	12	39	0	19	4	0	0	6	4	214

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

16.03.2017

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Berichtsjahr: 2015												Gesamt (BVG, SER)				
		Schles-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Bremen	Nord-West-falen	Hessen	Rhein-land-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin	Brandenburg	Niedersachsen-Vorpommern	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Insgesamt (Sk. 1 - 16)
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	121	163	565	11	278	165	153	341	294	99	32	93	55	84	80	92	2.626
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	141	101	417	40	893	361	179	466	505	36	214	158	56	124	141	110	3.842
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	161	87	495	40	863	321	244	451	515	41	205	146	82	136	119	104	4.010
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	101	177	487	11	308	205	88	356	284	94	41	105	29	72	102	98	2.558
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen:																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	115	78	297	33	623	267	200	318	398	38	201	105	67	117	98	73	3.028
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	4	3	98	0	89	14	15	37	34	2	2	18	9	11	7	11	364
0313	durch Zurücknahme	25	2	9	7	101	23	28	55	0	1	2	20	4	7	9	9	302
0314	auf sonstige Art	17	4	91	0	50	17	1	41	83	0	0	3	2	1	5	11	326
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	6	1	0	0	0	1	4	1	0	2	8	0	0	0	0	11	34
0341	mit teilweiseem Erfolg	5	9	10	0	7	4	4	2	18	0	17	30	0	6	0	0	112
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	5	1	0	0	6	9	0	11	0	0	4	1	0	0	0	0	37
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	99	67	287	33	610	253	192	304	380	36	172	74	67	111	98	62	2.845
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	83	50	93	9	237	111	123	140	156	31	35	35	42	72	55	44	1.316
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	22	25	167	24	365	126	74	169	221	6	156	66	25	44	38	26	1.554
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	10	3	37	0	21	30	3	9	21	1	10	4	0	1	5	3	158

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

20.12.2017

Berichtsjahr: 2016

Gesamt (BVG, SER)

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- west- falen	Hessen	Rhein- land-Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp.1 - 16)	
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0101																		
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	101	164	348	11	308	195	88	356	284	94	41	105	29	72	102	98	2.396
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	91	124	435	37	855	271	160	450	455	37	160	136	90	148	86	80	3.615
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	136	107	407	33	828	288	162	446	461	31	108	142	96	139	113	85	3.642
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	56	181	376	15	335	178	86	360	278	100	33	99	23	81	75	93	2.369
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen:																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	50	92	271	30	587	258	134	349	348	23	153	107	87	123	87	76	2.775
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	12	12	67	0	103	7	8	34	37	1	6	15	4	11	13	4	334
0313	durch Zurücknahme	7	1	11	3	82	11	19	38	0	7	5	13	4	2	7	4	214
0314	auf sonstige Art	67	2	58	0	56	12	1	25	76	0	4	7	1	3	6	1	319
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	6	2	0	0	0	0	0	1	0	0	6	0	0	0	0	1	16
0341	mit teilweisem Erfolg	0	5	9	0	3	2	3	1	18	0	5	0	1	1	2	3	53
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	0	4	0	0	3	10	0	14	0	0	1	0	0	3	0	0	35
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	44	81	262	30	581	246	131	333	330	23	141	107	86	119	85	72	2.671
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	19	33	44	10	191	88	46	183	181	17	40	61	49	70	46	28	1.106
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	26	49	184	18	377	143	76	157	140	6	102	41	38	53	32	30	1.472
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	5	10	43	2	19	27	12	9	27	0	11	5	0	0	9	18	197

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

07.12.2018

Gesamt (BVG, SER)

Berichtsjahr: 2017

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- west- falen	Hessen	Rhein- land-Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp. 1 - 16)	
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
0101																		
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	56	162	376	15	335	153	86	360	278	100	33	99	38	81	75	93	2.340
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	137	123	437	57	652	304	142	409	436	31	171	136	113	119	87	123	3.477
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	108	130	388	53	651	293	140	442	447	40	173	151	102	122	89	106	3.435
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	85	155	425	19	336	164	88	327	267	91	31	84	49	78	73	110	2.382
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen.																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	82	99	254	51	535	243	106	281	348	29	164	129	94	99	73	75	2.662
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	11	7	68	0	35	17	34	21	21	2	2	6	2	12	5	12	251
0313	durch Zurücknahme	13	21	13	2	55	18	14	40	0	9	4	11	3	7	8	16	234
0314	auf sonstige Art	2	3	53	0	26	15	3	87	78	0	3	5	3	4	3	3	288
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	6	1	0	2	0	1	12	0	0	0	6	0	0	0	0	9	37
0341	mit teilweisem Erfolg	6	3	12	1	4	3	3	3	18	0	10	2	2	1	1	3	72
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	2	2	0	0	5	64	1	23	0	0	7	2	0	1	0	3	110
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	68	93	242	48	526	175	90	255	330	29	141	125	92	97	72	60	2.443
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	43	36	52	20	222	100	32	77	188	27	14	24	46	54	42	27	1.004
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	32	56	138	29	298	131	72	195	135	2	148	102	48	45	28	46	1.505
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	7	7	64	2	15	12	2	9	25	0	2	3	0	0	3	2	153

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit (SG 02)
Widerspruchsverfahren

11.11.2019

Berichtsjahr: 2018

Gesamt (BVG, SER)

Pos.-Nr.	Bezeichnung	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- west- falen	Hessen	Rhein- land-Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vor- pommern	Sachsen- Anhalt	Thüringen	insgesamt (Sp.1 - 16)	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Bestand und Erledigung der Widersprüche																	
0100	Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes	85	163	425	19	336	163	88	327	267	91	31	84	49	78	73	110	2.389
0110	Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	105	89	398	59	690	254	141	440	430	34	194	139	63	105	93	102	3.336
0120	Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	149	140	389	56	721	306	154	426	417	36	137	121	70	90	110	108	3.480
0190	Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (Pos. 0100 zuzügl. Pos.0110 abzügl. Pos. 0120)	41	112	434	22	305	111	75	341	280	89	38	102	42	93	56	104	2.245
03	Erledigte Widersprüche im einzelnen																	
031	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0120) wurden abgeschlossen:																	
0310	durch Widerspruchsbescheid	125	110	263	52	572	248	107	312	322	34	174	101	65	78	96	79	2.738
0311	durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	5	10	59	0	44	16	18	37	24	0	5	5	1	3	9	9	245
0313	durch Zurücknahme	17	11	10	4	48	28	27	45	0	2	6	9	2	9	1	12	231
0314	auf sonstige Art	2	9	57	0	57	14	2	32	71	0	2	6	2	0	4	8	266
034	Von den erledigten Widerspruchsverfahren (Pos. 0310) ergingen:																	
0340	mit vollem Erfolg	4	0	0	1	0	8	10	2	0	0	2	0	0	0	0	7	34
0341	mit teilweisem Erfolg	10	2	7	0	7	82	7	3	19	0	6	3	2	3	1	2	154
0342	ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	7	2	0	0	4	34	0	11	0	0	7	5	0	0	0	1	71
0343	ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	104	106	256	51	561	124	90	296	303	34	159	93	63	75	95	69	2.479
036	Zahl der Widerspruchsbescheide (Pos. 0310)																	
0360	die bindend geworden sind	85	62	57	26	206	129	33	137	181	26	60	54	31	42	54	32	1.215
0361	die mit Klageerhebung angefochten werden	26	43	165	19	352	107	69	158	118	8	108	47	34	34	41	45	1.374
0362	deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	14	5	41	7	14	12	5	17	23	0	6	0	0	2	1	4	151

Bundesagentur für Arbeit
Zentrale

Anlage 7 zu Frage 33: - Bundesagentur für Arbeit

Anzahl der erledigten Widerspruchsverfahren im gesamten Aufgabengebiet SGB IX

Erledigungsarten

Deutschland, Regionaldirektionen (RD)

Region RD	Erledigungen	2015	2016	2017	2018
Alle	Erledigt	6,973	6,934	5,844	6,071
	Stattgegeben	2.160	2.123	1.581	1.768
	Ganz	2.139	2.086	1.556	1.739
	Teilweise	21	37	25	29
	Zurückweisung	3.674	3.650	3.290	3.385
	Rücknahme	955	971	800	751
	Anderweitig erledigt	180	185	165	162
	Abgabe an and. Dst.	4	5	8	5
	RD Nord	488	452	420	387
	Stattgegeben	152	166	163	97
RD Nord	Ganz	147	150	150	92
	Teilweise	5	16	13	5
	Zurückweisung	295	239	223	260
	Rücknahme	35	42	24	27
	Anderweitig erledigt	5	5	10	2
	Abgabe an and. Dst.	1			1
	RD Niedersachsen-Bremen	713	703	702	583
	Stattgegeben	241	252	205	179
	Ganz	236	251	204	178
	Teilweise	5	1	1	1
RD Niedersachsen-Bremen	Zurückweisung	342	330	394	328
	Rücknahme	124	96	80	71
	Anderweitig erledigt	6	24	23	5
	Abgabe an and. Dst.		1		
	RD Nordrhein-Westfalen	1.751	1.401	1.356	1.271
	Stattgegeben	350	281	249	297
	Ganz	348	274	249	293
	Teilweise	2	7		4
	Zurückweisung	1.065	832	823	706
	Rücknahme	318	273	268	254
RD Nordrhein-Westfalen	Anderweitig erledigt	18	13	10	14
	Abgabe an and. Dst.		2	6	
	RD Hessen	414	521	247	381
	Stattgegeben	158	240	87	132
	Ganz	158	238	87	132
	Teilweise		2		
	Zurückweisung	219	233	132	198
	Rücknahme	21	36	21	44
	Anderweitig erledigt	16	12	7	7
	Abgabe an and. Dst.				
RD Hessen	RD Rheinland-Pfalz-Saarland	565	596	378	454
	Stattgegeben	277	337	166	197
	Ganz	277	336	162	191
	Teilweise		1	4	6

Bundesagentur für Arbeit					
	Zurückweisung	187	152	123	144
	Rücknahme	57	42	41	45
	Anderweitig erledigt	44	65	48	68
	Abgabe an and. Dst.				
RD Baden-Württemberg	Erledigt	725	1.025	832	685
	Stattgegeben	90	102	161	166
	Ganz	88	100	160	165
	Teilweise	2	2	1	1
	Zurückweisung	348	561	406	376
	Rücknahme	280	357	257	132
	Anderweitig erledigt	7	5	7	9
	Abgabe an and. Dst.			1	2
RD Bayern	Erledigt	663	613	569	867
	Stattgegeben	269	204	140	248
	Ganz	265	201	140	242
	Teilweise	4	3		6
	Zurückweisung	315	332	360	506
	Rücknahme	54	60	48	95
	Anderweitig erledigt	24	15	21	18
	Abgabe an and. Dst.	1	2		
RD Berlin-Brandenburg	Erledigt	804	704	573	761
	Stattgegeben	395	336	232	282
	Ganz	394	334	231	280
	Teilweise	1	2	1	2
	Zurückweisung	354	327	310	409
	Rücknahme	27	19	13	40
	Anderweitig erledigt	28	22	17	28
	Abgabe an and. Dst.			1	2
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	Erledigt	552	489	376	340
	Stattgegeben	138	88	101	96
	Ganz	137	86	99	93
	Teilweise	1	2	2	3
	Zurückweisung	368	367	250	221
	Rücknahme	18	21	20	20
	Anderweitig erledigt	26	13	5	3
	Abgabe an and. Dst.	2			
RD Sachsen	Erledigt	298	430	391	342
	Stattgegeben	90	117	77	74
	Ganz	89	116	74	73
	Teilweise	1	1	3	1
	Zurückweisung	181	277	269	237
	Rücknahme	21	25	28	23
	Anderweitig erledigt	6	11	17	8
	Abgabe an and. Dst.				

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Anlage 8 zu Frage 34:**Anzahl erledigter Klagen im gesamten Aufgabengebiet SGB IX - Bundesagentur für Arbeit****Erledigungsarten**

Deutschland, Regionaldirektionen (RD)

Region RD	Erledigungen	2015	2016	2017	2018
Deutschland	Erledigt	461	544	623	609
	Stattgegeben	17	19	23	30
	Ganz	17	18	19	27
	Teilweise		1	4	3
	Zurückweisung	56	73	88	114
	Auf andere Weise erledigt	381	447	506	458
	mit Nachgeben	52	38	49	60
	Ganz	47	26	36	42
	Teilweise	5	12	13	18
	ohne Nachgeben	329	409	456	396
	erledigt mit WB-Interesse			1	2
	Abgabe and. Dst.	7	5	6	7
RD Nord	Erledigt	21	33	50	33
	Stattgegeben		2	1	2
	Ganz		1	1	1
	Teilweise		1		1
	Zurückweisung	3	4	8	6
	Auf andere Weise erledigt	18	26	41	25
	mit Nachgeben	1	2	1	4
	Ganz	1	2		1
	Teilweise			1	3
	ohne Nachgeben	17	24	40	21
	erledigt mit WB-Interesse				
	Abgabe and. Dst.		1		
RD Niedersachsen-Bremen	Erledigt	25	52	54	53
	Stattgegeben	3	3		4
	Ganz	3	3		4
	Teilweise				
	Zurückweisung	1	6	11	13
	Auf andere Weise erledigt	21	43	43	36

	mit Nachgeben	6	10	5	4
	Ganz	5	5	4	2
	Teilweise	1	5	1	2
	ohne Nachgeben	15	33	37	32
	erledigt mit WB-Interesse			1	
	Abgabe and. Dst.				
RD Nordrhein-Westfalen					
	Erledigt	123	150	146	128
	Stattgegeben	1	1		1
	Ganz	1	1		
	Teilweise				1
	Zurückweisung	5	8	4	16
	Auf andere Weise erledigt	114	139	142	110
	mit Nachgeben	21	9	16	12
	Ganz	18	6	11	8
	Teilweise	3	3	5	4
	ohne Nachgeben	93	130	126	98
	erledigt mit WB-Interesse				
	Abgabe and. Dst.	3	2		1
RD Hessen					
	Erledigt	33	27	26	28
	Stattgegeben	2	1	3	
	Ganz	2	1	1	
	Teilweise			2	
	Zurückweisung	4	4	1	7
	Auf andere Weise erledigt	27	22	22	21
	mit Nachgeben	7	4	3	6
	Ganz	7	3	2	6
	Teilweise		1	1	
	ohne Nachgeben	20	18	19	15
	erledigt mit WB-Interesse				
	Abgabe and. Dst.				
RD Rheinland-Pfalz-Saarland					
	Erledigt	36	33	23	29
	Stattgegeben	1	1		1
	Ganz	1	1		1
	Teilweise				
	Zurückweisung		3	4	6
	Auf andere Weise erledigt	35	29	19	22
	mit Nachgeben	6	4	6	9
	Ganz	5	3	4	5

	Teilweise	1	1	2	4
	ohne Nachgeben	29	25	13	13
	erledigt mit WB-Interesse				
	Abgabe and. Dst.				
RD Baden- Württemberg	Erledigt	68	86	131	134
	Stattgegeben	3	4	9	11
	Ganz	3	4	9	11
	Teilweise				
	Zurückweisung	15	21	23	22
	Auf andere Weise erledigt	50	61	99	101
	mit Nachgeben	1	1	5	7
	Ganz	1	1	3	4
	Teilweise			2	3
	ohne Nachgeben	49	60	94	94
	erledigt mit WB-Interesse				
	Abgabe and. Dst.				
RD Bayern	Erledigt	27	34	46	54
	Stattgegeben			2	1
	Ganz			2	1
	Teilweise				
	Zurückweisung	4	5	8	8
	Auf andere Weise erledigt	23	29	36	45
	mit Nachgeben		2	3	4
	Ganz		1	2	4
	Teilweise		1	1	
	ohne Nachgeben	23	27	33	39
	erledigt mit WB-Interesse				2
	Abgabe and. Dst.				
RD Berlin- Brandenburg	Erledigt	38	39	32	61
	Stattgegeben		1	4	3
	Ganz		1	3	3
	Teilweise			1	
	Zurückweisung	3	7	8	15
	Auf andere Weise erledigt	35	31	20	43
	mit Nachgeben	5	3	3	7
	Ganz	5	3	3	6
	Teilweise				1
	ohne Nachgeben	30	28	17	36

	erledigt mit WB-Interesse				
RD Sachsen-Anhalt- Thüringen	Abgabe and. Dst.				
	Erledigt	61	74	88	61
	Stattgegeben	3	3	3	4
	Ganz	3	3	2	3
	Teilweise			1	1
	Zurückweisung	6	10	15	15
	Auf andere Weise erledigt	48	59	64	36
	mit Nachgeben	5	3	5	4
	Ganz	5	2	5	3
	Teilweise		1		1
	ohne Nachgeben	43	56	59	32
	erledigt mit WB-Interesse				
	Abgabe and. Dst.	4	2	6	6
RD Sachsen	Erledigt	29	16	27	28
	Stattgegeben	4	3	1	3
	Ganz	4	3	1	3
	Teilweise				
	Zurückweisung	15	5	6	6
	Auf andere Weise erledigt	10	8	20	19
	mit Nachgeben			2	3
	Ganz			2	3
	Teilweise				
	ohne Nachgeben	10	8	18	16
	erledigt mit WB-Interesse				
	Abgabe and. Dst.				

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Anlage 9 zu Frage 44: Bundesagentur für Arbeit**Eintritte von Teilnehmenden, die mit dem Persönlichen Budget gefördert werden,
nach Maßnahmeartgruppe**

Deutschland

Berichtsjahr 2018 Jahressumme (JS), Datenstand: November 2019

Maßnahmenart Gruppe ¹⁾	Anzahl
	1
Insgesamt, davon	500
besondere Maßn. z. Ausbildungsförd. Reha	161
unterstützte Beschäftigung Reha	116
besondere Maßn. z. Weiterbildung Reha	80
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	77
Einzelfallförderung Reha	26
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	22
Ausbildungsbegleitende Hilfen	10
Eignungsabklärung/Berufsfindung Reha	8

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Eintritte in Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung (FbW) im Jahr 2018, die mit dem Persönlichen Budget gefördert wurden, werden im Berichtsmonat Januar 2019 gezählt. Im Berichtsjahr 2018 und Berichtsmonat Januar 2019 wurden 28 Eintritte von Teilnehmenden in FbW gezählt, die mit dem Persönlichen Budget gefördert wurden.

Anlage 10 zu Frage 44 - Batt 1

Wie viele Persönliche Budgets gem. § 29 SGB IX wurden in den Jahren 2009-2018 jeweils beantragt und bewilligt?

Empfänger und Empfängerinnen von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Form eines Persönlichen Budgets am Jahresende												
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017*	2018*		
Deutschland	3.669	5.073	6.628	8.403	8.516	9.119	10.124	8.574	11.200	10.090		
Baden-Württemberg	287	427	115	785	1.001	1.073	1.168	1.174	1.220	1.155		
Bayern	169	163	256	990	609	736	1.421	224	2.285	2.405		
Berlin	6	191	529	264	300	305	85	40	300	40		
Brandenburg	73	104	511	172	200	265	210	209	210	315		
Bremen	0	1	0	0	0	0	3	0	0	0		
Hamburg	69	102	139	225	287	334	369	351	390	395		
Hessen	171	351	423	549	636	770	845	930	1.035	470		
Mecklenburg-Vorpommern	31	83	180	88	42	63	66	61	50	50		
Niedersachsen	159	206	242	296	351	432	507	515	525	405		
Nordrhein-Westfalen	293	374	495	477	523	516	732	889	1.100	1.340		
Rheinland-Pfalz	1.900	2.330	2.764	3.248	3.034	2.919	2.976	2.360	2.185	2.030		
Saarland	22	89	42	82	86	87	88	86	100	100		
Sachsen	143	161	242	418	514	569	624	658	635	235		
Sachsen-Anhalt	138	270	386	452	544	643	671	719	770	825		
Schleswig-Holstein	29	42	55	65	84	77	61	74	115	115		
Thüringen	179	179	249	292	305	330	298	284	270	215		

*Aus Datenschutzgründen werden die Werte auf durch Fünf teilbare Zahlen gerundet

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anlage 10 zu Frage 44 - Batt 2

Empfänger und Empfängerinnen von Hilfe zur Pflege in Form eines Persönlichen Budgets am Jahresende												
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017*	2018*		
Deutschland	172	258	304	346	389	354	318	305	345	320		
Baden-Württemberg	22	27	26	22	35	22	18	16	10	20		
Bayern	6	8	8	17	11	7	11	5	105	90		
Berlin	9	85	97	84	93	90	36	34	100	40		
Brandenburg	2	3	3	4	3	4	3	1	5	0		
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Hamburg	0	0	0	1	1	2	12	9	10	5		
Hessen	12	12	24	50	28	30	30	12	5	0		
Mecklenburg-Vorpommern	5	7	9	7	7	9	13	16	5	5		
Niedersachsen	20	11	8	12	18	20	24	23	5	5		
Nordrhein-Westfalen	14	12	12	12	12	8	12	30	10	45		
Rheinland-Pfalz	37	30	29	32	65	40	44	38	15	20		
Saarland	3	4	3	3	2	5	3	4	0	0		
Sachsen	16	19	35	35	43	48	52	43	50	60		
Sachsen-Anhalt	9	20	27	37	42	51	41	62	20	20		
Schleswig-Holstein	1	3	4	10	11	8	10	4	0	0		
Thüringen	16	17	19	20	18	10	9	8	5	5		

*Aus Datenschutzgründen werden die Werte auf durch Fünf teilbare Zahlen gerundet

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anlage 11 zu Frage 56

Kostenerstattung § 18 SGB IX * RV insgesamt

	LMR	LTA		
2009	33	27		
2010	31	30		
2011	65	39	vor 2018:	* ab 2018:
2012	46	29		
2013	95	45	Kostener-	Kostener-
2014	109	54	stattung	stattung
2015	107	37	§ 15 Abs. 1	§ 18 Abs. 4
2016	106	23	S. 3 u. 4	S. 1 und
2017	66	27	SGB IX	Abs. 6 S. 1
2018*	39	70		SGB IX

LMR - Leistungen der medizinischen Rehabilitation

LTA - Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben